

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

7

IX. Jahrgang

Friedrichshafen, Juli 1969

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

22. JULI 1970

BIBLIOTHEK

Mit Freude und Bewunderung auf der einen, mit Betroffenheit und sichtlicher Sorge auf der anderen Seite wurde in der Bundesrepublik ein Ereignis wahrgenommen: die Aktion „Roter Punkt“, eine Protestaktion der Bevölkerung in Hannover und Heidelberg gegen die unzumutbare Erhöhung der Verkehrstarife. Gewerkschafter, Studenten und Schüler, aufgeschreckt durch die ständigen Preissteigerungen, nahmen dieses Mal den Griff in die Geldbeutel nicht zähneknirschend hin, sondern handelten. In der Presse sind die Einzelheiten dieser Protestaktion ausgiebig dargestellt worden, und der Erfolg ist bekannt. Es soll darum an dieser Stelle nur von einigen gewonnenen Erkenntnissen berichtet werden. (Inzwischen wurden gleiche Proteste auch aus Saarbrücken und Völklingen bekannt.)

Die erste Erkenntnis: In Hannover und Heidelberg wurde bewiesen, daß man Preissteigerungen nicht einfach hinzunehmen braucht und es falsch wäre — wie das so oft geschieht — resignierend zu sagen: „Da kann man nichts ändern, die da oben machen doch was sie wollen.“

Mit Aktionen und Solidarität zum Erfolg

lamentarische Aktionen vom Volk gezwungen werden kann, das zu tun, was den Interessen der Mehrheit des Volkes dient. Beispielsweise auf Milliarden DM für eine sinnlose Rüstung zu verzichten, um notwendige soziale Investitionen finanzieren zu können.

Die zweite Erkenntnis: In Hannover und Heidelberg handelt es sich nicht um den „Aufstand“ einer kleinen Gruppe „radikaler Linker“. Die Protestaktionen wurden vielmehr von Bürgern aus allen Bevölkerungsschichten gestützt, von Arbeitern, Angestellten, Studenten und kleinen Gewerbetreibenden, von Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten. An der Aktion waren nicht nur jene beteiligt, die täglich die Verkehrseinrichtungen benutzen — die direkt Betroffenen — Tausenden von Autofahrern, die mit dem „roten Punkt“ an der Windschutzscheibe halfen, nach Stilllegung der Straßenbahnen und Omnibusse den Verkehr in den beiden Städten fast reibungslos ablaufen zu lassen, haben einen großen Anteil am Erfolg. Das war nichts anderes, als die Inanspruchnahme des demokratischen Widerstandsrechtes der Bevölkerung gegen neue unzumutbare Belastungen. Ein Beispiel dafür, daß sich Demokratie nicht im Parlamentarismus erschöpfen darf, nicht in der Abgabe eines Stimmzettels für Parlamentswahlen; auch Aktionen, getragen von einem breiten demokratischen Bündnis, sind praktizierte Demokratie. Demokratie ist auch das Recht auf Selbsthilfe, wenn die Parlamente versagen und nicht mehr den Willen aufbringen, die Interessen der Be-

(Fortsetzung Seite 2)

In Hannover und Heidelberg ging es zwar um angemessene Verkehrstarife, aber Stadtverwaltung und der Innenminister der Landesregierung Niedersachsens, Lehnert, mußten sich dem Willen der Bevölkerung beugen. Hannover hat nach dieser Aktion den billigsten Verkehrstarif aller bundesdeutschen Städte. Wenn aber vor dem geschlossenen Willen einer Bevölkerung die Stadtverwaltung kapitulieren muß, ist es logisch, daß auch die Bundesregierung durch außerpar-

■ Mitteilung in eigener Sache	2
■ Weltkonferenz der Kommunisten	3
Chemie-Jugend will Kontakte .	4
■ Im Vordergrund stehen Lohn und Urlaub .	6
Berichte vom DGB-Kongreß	9—16
Ein Gesetz gegen Arbeiterjugend	17
■ Fortschritt mit Rückschritt gekoppelt	18
DM im Mittelpunkt der Währungskrise	20
BASF-Juwel für Aktionäre	70

WAHLKAMPFDAMPF

Karl Schiller, Bundeswirtschaftsminister, hat als Wahllokomotive der SPD schon mächtig viel Dampf ablassen müssen, bevor der Wahlkampf erst richtig losgeht. Verständlich, daß sich die SPD bemüht, wieder Feuer unter den Kessel zu machen. Hin und wieder fühlt sich das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ verpflichtet, die SPD-Heizer mit ein paar Scheiten zu unterstützen.

„Urlauber, willst Du Deinen Urlaub in Italien verbringen, er hätte in diesem Jahr billiger sein können ...“ heißt es in einer Glosse der „Welt der Arbeit“. Bei tausend Mark Urlaubsgeld hätte der Urlauber, wäre Schiller mit seiner Forderung nach Aufwertung der DM durchgedrungen, 9000 Lire oder 62,50 DM mehr gehabt.

Ein Argument für Schiller und die Aufwertung? Ja, wenn Schiller mit seiner konzertierten Aktion dafür gesorgt hätte, jenen 56 Prozent Gewerkschaftsmitgliedern, die nach einer offiziellen Feststellung aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt keine Urlaubsreise machen können, zu einer Fahrt an das Mittelmeer zu verhelfen — das wäre schon ein besseres Argument gewesen.

okulus

(Fortsetzung von Seite 1)

völkerungsschichten zu vertreten, von denen sie gewählt wurden.

Die dritte Erkenntnis: Im Verlaufe der Aktionen wurde schließlich auch deutlich, welche Aufgabe den Gewerkschaften in einer sozialpolitischen Auseinandersetzung zukommt, die ihre Plattform außerhalb des Parlaments hat. In Hannover zeigte sich, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften die Betriebsräte und Vertrauensleute der Großbetriebe und mit ihnen ganze Belegschaften im entscheidenden Augenblick in diesen Kampf eingriffen und den Ausschlag für einen vollen Erfolg gaben. Gewerkschaften sind keine Ersatzparteien — das hat der DGB oft genug verkündet. Aber in demokratischen Aktionen sich an die Spitze zu setzen, um berechnete soziale und politische Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen den Widerstand der Herrschenden durchzusetzen, ist eine Aufgabe, der sich

die Gewerkschaften nicht entziehen dürfen.

Es ist nicht zufällig, daß im „Schnelldienst“ Nr. 48, herausgegeben vom Industrieministerium der Unternehmerverbände, mit Sorge darauf hingewiesen wird, die Ereignisse in Heidelberg und Hannover könnten „doch sehr weite Kreise ziehen“. Weiter heißt es: „Von Hannover und Heidelberg könnten Störungen ausgehen, die das gesamte Bundesgebiet beunruhigen.“ Was die Unternehmer mit großer Sorge betrachten, kann für die Mehrheit unserer Bevölkerung, für die Arbeiter und Angestellten, ein hoffnungsvolles Zeichen sein. Die Bedeutung der Protestaktionen in Hannover und Heidelberg geht weit über die Grenzen dieser Städte hinaus. Zeigen sie doch, daß „die da oben“, ob Regierung oder Konzernherren, kapitulieren müssen, wenn ihnen eine geschlossene und demokratische Front aller gegenübersteht, die mutig für ihre Forderungen und Ziele kämpfen. sr

Heinemann

Die Bundesrepublik hat einen neuen Präsidenten: den Sozialdemokraten Gustav Heinemann. Dieser personelle Wechsel hat zweifellos bei der Bevölkerung eine allgemeine Befriedigung ausgelöst, nicht zuletzt, weil mit diesem Wechsel endlich Heinrich Lübke aus dem politischen Blickfeld verschwinden wird, nachdem er Zeit seiner Amtstätigkeit ein beliebtes Objekt bundesdeutscher Kabarettisten war.

Mit Gustav Heinemann nimmt eine politisch eigenwillige Persönlichkeit den ersten Platz im Staate ein. Schon seine Ansprache bei der Vereidigung im Bundestag hat einige bemerkenswerte Akzente. So sein Bekenntnis zum Frieden, das er mit den Worten ausdrückt, er sehe als erste Verpflichtung, dem Frieden zu dienen, und nicht der Krieg sei der Ernstfall, sondern der Frieden. Diese Worte decken sich übrigens mit seiner in einem Interview getroffenen Feststellung, daß er als Bundespräsident kein Gesetz unterschreiben werde, wodurch die Bundeswehr oder die Bundesregierung eine eigene Verfügungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen bekäme.

Die Gewerkschaften wird besonders seine Forderung interessieren, die vom Grundgesetz verlangte soziale Demokratie zu verwirklichen und den Einzelnen nicht nur vor der Gewalt des Staates, sondern ebenso vor ökonomischer und gesellschaftlicher Macht zu schützen. Vielleicht wird man auch eine positive Stellungnahme zur Mitbestimmung in dem Satz entdecken können, in dem von der Freiheit von alten Bindungen und der Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen die Rede ist. „Nicht weniger, sondern mehr Demokratie — das ist die Forderung der Zeit.“

Hat schon die Wahl Heinemanns viele Erwartungen aufleben lassen, so haben seine Interviews und die Ansprache vor dem Bundestag die Hoffnung gestärkt, mit dem neuen Bundespräsidenten begänne auch eine neue Politik in der Bundesrepublik. Heinemann selbst bezeichnete seine Wahl schon einmal als einen „Machtwechsel“. Es wäre aber gefährlich, die Illusion zu nähren, mit der Wahl des Sozialdemokraten Heinemann sei die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik gestoppt und eine Politik der Entspannung und des sozialen Fortschritts eingeleitet. Das wird der Bundespräsident Heinemann nicht durchsetzen können, aber er könnte Signale setzen und damit jenen Kräften wertvolle Impulse geben, die willens und in der Lage sind, das zu realisieren, was der neue Bundespräsident vor dem Bundestag aussprach, nämlich nicht weniger, sondern mehr Demokratie für die Bundesrepublik.

H. S.

In eigener Sache

Liebe Abonnenten und Leser der NACHRICHTEN! Im neunten Jahr des Erscheinens der von mir bislang im Selbstverlag herausgebrachten NACHRICHTEN habe ich mich entschlossen, der Zeitschrift eine breitere Basis zu geben. In längeren Bemühungen und Verhandlungen konnte ich die Herren Josef Ledwohn, Essen, und Heinz Lukrawka, Dinslaken, als Mitherausgeber gewinnen. Gemeinsam haben wir die „NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.“, mit Sitz in Frankfurt/Main, gegründet, die ab 1. Juli 1969 die NACHRICHTEN herausbringt.

Es ist in den vergangenen Jahren gelungen, den NACHRICHTEN als kritischer sozial- und wirtschaftspolitischer Schrift in einschlägigen Kreisen einen guten Ruf zu verschaffen und einen qualifizierten Leserstamm aufzubauen. Das gibt mir die Überzeugung, daß wir nun gemeinsam auf diesem Wege weitergehen können. Wie bisher, werden auch künftig die NACHRICHTEN kritisch und konstruktiv vorwiegend im sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich die Lage und Vorgänge verfolgen, analysieren und kommentieren, um den progressiven und demokratischen Kräften in der Bundesrepublik bei der Entwicklung politischer Alternativen im und zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem spürbare Hilfestellung zu geben. Ich glaube, daß davon — wie das auch bislang der Fall war — besonders Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften einen Nutzen haben werden.

In diesem Sinne hoffe ich, auch im Namen meiner Mitherausgeber und des erweiterten Redaktionskollegiums, auf weitere gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit allen Beziehern und Freunden der NACHRICHTEN.

Heinz Seeger

Jahr für Jahr steigende Mieten

Das Bonner Städtebau-Institut hat jetzt eine Statistik der seit 1960 regelmäßig gestiegenen Wohnungsmieten, darunter insbesondere Altbauwohnungen, veröffentlicht. Diese Mietpreisteigerungen seien mit den sogenannten Lückengesetzen bewußt angestrebt worden. Danach stiegen die Mieten in den Jahren:

1960 = 6,1 Prozent
1961 = 8,6 Prozent
1962 = 2,4 Prozent
1963 = 5,6 Prozent

1964 = 6,2 Prozent
1965 = 5,7 Prozent
1966 = 9,5 Prozent
1967 = 6,6 Prozent
1968 = 7,4 Prozent

Das heißt, daß die Mieten in der Bundesrepublik in nur neun Jahren um durchschnittlich 58,7 Prozent gestiegen sind. Darunter sind Mieten, die sich in diesem Zeitraum verdoppelt, verdreifacht und sogar noch stärker erhöht haben.

Weltkonferenz der Kommunisten

**Resultat von Moskau: Gemeinsame Marschroute festgelegt
Eine erste Einschätzung — Von Josef Ledwohn**

In der Zeit vom 5. bis zum 17. Juni 1969 fand in Moskau eine Weltkonferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien statt, die für die gesamte Arbeiterbewegung, die antiimperialistischen und demokratischen Kräfte aller Länder eine historische Bedeutung hat. Auch Otto Brenner nahm zu dieser Konferenz auf einer Vertreterversammlung der IG-Metall in Hanau Stellung. Brenner war wohl noch nicht genügend über Verlauf und Inhalt dieser Tagung informiert, so daß er glaubte, die Konferenz sei in erster Linie durch Gegensätze zwischen den anwesenden Parteien charakterisiert. Worin besteht aber die Bedeutung der Moskauer Weltkonferenz für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften?

Alle kommunistischen Parteien haben einmütig ihre unabdingbare Verbundenheit mit den Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen bekundet und ihren unabänderlichen Willen bekräftigt, für den gesellschaftlichen Fortschritt, den vollen Sieg der Arbeiterklasse über das internationale Kapital maximale Anstrengungen zu unternehmen. Damit haben die Kommunistischen Parteien entgegen allen bürgerlichen Theorien und reformistischen Auffassungen für die heutigen Bedingungen die historische Mission der Arbeiterklasse unterstrichen, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest und ihrem ganzen Lebenswerk wissenschaftlich begründeten. Der Arbeiterklasse, ihren Parteien und Organisationen gehört die Zukunft in der ganzen Welt. Das ist das Fanal, daß in Moskau gegeben wurde. Unsere Zeit, das ist die Epoche vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser weltrevolutionäre Prozeß ist unaufhaltsam und die Kommunistischen Parteien wollen dabei die Motoren sein.

Diese Zielsetzung gründet sich auf eine wissenschaftliche Untersuchung der Lage in der Welt, die im ersten Teil des beschlossenen Hauptdokumentes „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller imperialistischen Kräfte“ festgelegt ist. Auf den knappsten Nenner gebracht ist das Resultat der Untersuchung: die drei progressiven und revolutionären Hauptströmungen unserer Zeit — das sozialistische Welt-system, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern — befinden sich auf dem Vormarsch, sie sind stärker als der Imperialismus, der unvermeidlich zum Untergang verurteilt ist.

Es ist natürlich, daß es bei der großen Differenziertheit der politischen Lage in den einzelnen Ländern bei den kommunistischen Parteien auch unterschiedliche Meinungen zu den Entwicklungsprozessen in der Welt gab und noch gibt. Diese sollen in offenen kameradschaftlichen Aussprachen und wissenschaftlichen Diskussionen geklärt werden. Im Hauptdokument wird die Übereinstimmung bekräftigt, daß die Bezie-

hungen der kommunistischen und Arbeiterparteien untereinander auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, der Solidarität, der Selbständigkeit und Gleichberechtigung aller Parteien, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten erfolgen.

Damit ist dem oft gehörten Vorurteil von einer Vorherrschaft der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung jeder Boden entzogen. Unter Hinweis darauf, daß heute in der kommunistischen Weltbewegung kein leitendes Zentrum besteht, wird die Bedeutung der freiwilligen Koordinierung der Aktionen der kommunistischen Parteien als Bedingung für den erfolgreichen gemeinsamen Kampf erklärt.

Was die Aufgaben betrifft, die in Moskau beschlossen wurden, werden sicher viele Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und demokratische Bürger ihre eigenen Auffassungen bestätigt finden. Als Generallinie wurde eine verstärkte Offensive gegen den Imperialismus festgelegt:

1. Das vorrangige Ziel aller Kommunisten, aller Völker der Welt muß sein, durch gemeinsame Anstrengungen die USA zu zwingen, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen, damit das vietnamesische Volk seine Probleme selbständig lösen kann.

2. Gemeinsame Aktionen aller antiimperialistischen Kräfte zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges wurden zur Hauptaufgabe erklärt.

3. Zur Verteidigung des Friedens ist es notwendig, die imperialistischen Staaten zur friedlichen Koexistenz mit allen Staaten, unbeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung, zu zwingen. Unberührt davon bleibt das Recht der Arbeiterklasse, die Ausbeuterordnung im eigenen Land zu stürzen und ihre eigene Macht aufzurichten.

4. Es ist eine dringende Aufgabe, die Ausbreitung der Kernwaffen zu verhindern.

5. Die internationale Öffentlichkeit ist aufgerufen, allen Völkern die von den USA bedroht und angegriffen werden, aktive Solidarität zu erweisen.

6. Ausdrücklich wird die Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas betont, die im schweren, auch bewaffneten Kampf stehen, um sich endgültig von der Schmach des Kolonialismus zu befreien.

7. Die Kommunisten rufen auf, den Kampf gegen die faschistische Gefahr zu verstärken und allen profaschistischen Verstößen eine Abfuhr zu erteilen.

8. Alle humanistischen Menschen werden aufgerufen, sich zur Überwindung der unwürdigen, gefährlichen Ideologie des Rassismus zu vereinen.

9. Die Kommunisten rufen auf zur Verteidigung aller Rechte und Freiheiten, zum Kampf für die Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Dieser Kampf gegen die Macht der Monopole muß die Position des Imperialismus schwächen und seine Herrschaft in ihren Grundlagen erschüttern, wodurch günstige Bedingungen entstehen, die Endziele der Arbeiterbewegung zu erreichen.

Das sind die Kernpunkte eines antiimperialistischen Kampfprogramms, das von 75 Parteien, bei einer Stimmenthaltung, beschlossen wurde. Für solche Aufgaben rufen die kommunistischen und Arbeiterparteien zur Einheit und zum gemeinsamen Handeln auf. Ausdrücklich wird betont, daß heute die Einheit der Arbeiterklasse noch dringender denn je geworden ist. Den Gewerkschaften als den größten Massenorganisationen der Werktätigen wird im antimonopolistischen Kampf eine große Rolle beigemessen. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß allgemein der Drang zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung wächst. Die Kommunisten erklären sich als konsequente Anhänger der Einheit der Gewerkschaften in jedem Land, wie im Weltmaßstab.

Die Arbeiter, Gewerkschafter, demokratischen Bürger und junge Menschen bei uns dürften es als eine Genugtuung und Ermunterung empfinden, daß auf der Weltkonferenz ihr Kampf gegen Notstandsgesetze, für soziale und demokratische Forderungen eine große Würdigung als Bestandteil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus erfahren hat.

Schon diese kurzen Darlegungen zeigen, daß jeder politisch interessierte Mensch, besonders jeder Arbeiterfunktionär, die Materialien der Moskauer Weltkonferenz studieren sollte. Es ist bekannt, daß alle sehr freimütig gehaltenen Reden auf der Konferenz mit allen Berichten der Kommissionen und den Beschlüssen ohne Einschränkung veröffentlicht wurden und noch in Buchform erscheinen werden. Damit wird die Arbeiterbewegung, werden alle Werktätigen, alle die gegen Imperialismus kämpfen, ein echtes Lehrbuch über die stärkste politische Bewegung unserer Zeit erhalten.

Chemie-Jugend will Kontakte zum FDGB

Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik Für bessere Berufsausbildung und Senkung des Wahlalters

Die 8. zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik, die vom 5. bis 7. Juni 1969 in Saarbrücken stattfand, forderte in zwei verabschiedeten Anträgen die Herstellung gewerkschaftlicher Kontakte zum FDGB und die Wiederzulassung der KPD. Die Konferenz hatte über rund 100 Anträge und Entschlüsse zu befinden, die sich insbesondere mit der Situation der Betriebsjugendvertreter, dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Bildungsurlaub, der Mitbestimmung, der Kriegsdienstverweigerung, der Herabsetzung des Wahlalters, dem Schul- und Berufsschulwesen, mit Maßnahmen gegen den Neofaschismus und mit dem Berufsbildungsgesetz beschäftigten.

In einem von den Delegierten einstimmig angenommenen Antrag fordern die Vertreter der ca. 35 000 jugendlichen Mitglieder dieser Industrieergewerkschaft den Deutschen Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften auf, Kontakte mit dem FDGB herzustellen. In dem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß sich in den letzten Jahren die Kontakte der Gewerkschaften des DGB zu den Gewerkschaften der sozialistischen Staaten verstärkt haben und damit zur internationalen Entspannung beitragen. Lediglich zum Gewerkschaftsbund der DDR, dem FDGB, bestünden noch keine offiziellen Beziehungen.

Während auf allen Ebenen des politischen Lebens ein Meinungsaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten stattfindet, halte der DGB noch immer daran fest, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund kein Gesprächspartner sei. Vorschläge aus Gewerkschaftskreisen, Kontakte zum FDGB aufzunehmen, müßten deshalb grundsätzlich begrüßt werden. Die Vorschläge sollten aber so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden. Die Jugendkonferenz rügte außerdem in einem weiteren einstimmig verabschiedeten Beschluß Äußerungen des neuen DGB-Vorsitzenden, nach denen Heinz Oskar Vetter jegliche Überprüfung der Kontaktaufnahme zum FDGB ablehnt, obwohl der DGB-Bundesvorstand von den Delegierten des 8. ordentlichen Bundeskongresses den eindeutigen Auftrag erhalten hat, solche Kontaktmöglichkeiten zu überprüfen.

Eine große Mehrheit der 62 Delegierten stimmte auch einem Initiativantrag zu, der die Wiederzulassung der KPD fordert. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das KPD-Verbot in Verbindung mit der politischen Strafjustiz und dem allgemeinen, dekretierten Antikommunismus verhängnisvolle Auswirkungen auf die Bildung eines demokratischen Bewußtseins der Bevölkerung gehabt hat:

„Das formal gegen die KPD gerichtete Verbot sollte mit seiner psychologischen Wirkung gleichzeitig andere oppositionelle Gruppen wie Gewerkschaften, Studenten- und Jugendverbände in der Bundesrepublik diffamieren. Die Neukonstituierung der DKP schafft zwar jetzt für Kommunisten die

Möglichkeit, ihre Vorstellungen offen und öffentlich zu vertreten, aber die Partei steht unter der potentiellen Bedrohung, als Nachfolgeorganisation der KPD verboten zu werden. Um Meinungsfreiheit auch für Kommunisten zu sichern, eine differenzierte Auseinandersetzung mit ihren Vorstellungen zu ermöglichen und um die psychologische, antidemokratische Wirkung des KPD-Verbot aufzuheben, fordern wir die Wiederzulassung dieser Partei.“

Die Forderungen nach Kontaktherstellung zum FDGB und Wiederzulassung der KPD werden dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik Anfang September in Wiesbaden zur Beratung vorliegen.

Zu den Entwürfen, auf deren Grundlage das Berufsbildungsgesetz nur wenige Tage nach der Jugendkonferenz von Saarbrücken verabschiedet wurde, gab das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik und Leiter der Hauptabteilung Jugend-Bildung, Hermann Rappe, eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Wesentliche Punkte . . . entsprechen auf keinen Fall den gewerkschaftlichen Vorstellungen. (Das Gesetz) klammert wieder den Bereich des Handwerks aus. Über 60 Prozent aller Lehrlinge werden im Handwerk ausgebildet. Diese Lehrlinge finden schlechteren Bedingungen vor haben einen schlechteren Ausbildungsweg, und die Ausbildungsbetriebe unterliegen nicht den gewünschten Kontrollen . . . Es kann betriebs-egoistischen Gesichtspunkten nicht überlassen bleiben, wie die Berufsausbildung im einzelnen vor sich geht . . . Die Arbeitnehmer — vertreten durch ihre Gewerkschaften — fordern die volle Mitbestimmung in allen Fragen der Berufsausbildung.“

Die 8. Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik hat den Deutschen Gewerkschaftsbund und die in ihm vertretenen Gewerkschaften aufgefordert, ihre Mitglieder zur künftigen Teilnahme an den Ostermärschen aufzurufen. Der von der Jugendbezirkskonferenz Bayern eingebrachte und von den Delegierten mit großer Mehrheit gebilligte Antrag verlangt aber auch die publizistische Unterstützung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung durch den DGB. h. g.

Friedenstreffen

Das Weltfriedenstreffen in Ost-Berlin, an dem über 100 Delegierte aus 101 Ländern in Ost und West teilnahmen, war der größte aller bisherigen Friedenskongresse. Kirchenpräsident a. D. Pastor Niemöller bezeichnete die Berliner Begegnung der Friedensfreunde aus der ganzen Welt als das „nach seiner Erfahrung „schönste Treffen“. Dieses Urteil bezieht sich nicht nur auf die Organisation, für die der Friedensrat der DDR verantwortlich zeichnet — es war vielmehr die offene Aussprache der Delegierten, die bei allen politischen, rassischen und religiösen Unterschieden zu einer harmonischen Übereinstimmung in der Grundfrage, der friedlichen Koexistenz der Völker dieser Welt, mündete und die den Generalsekretär des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, das Wort von dem „Geist von Berlin“ als Kennzeichen für dieses Treffen prägen ließ.

Die Diskussion über die Weltprobleme wurde in fünf Kommissionen geführt. Besonderes Interesse fand die Kommission „Europäische Sicherheit“. Einmütigkeit herrschte bei allen Delegierten darüber, daß nach zwanzigjährigem Bestehen der DDR die Anerkennung immer stärker zu einem gesamteuropäischen Problem geworden sei.

Während noch auf den vorangegangenen Friedenskonferenzen die Frage der Anerkennung von vielen Delegierten in ihrer politischen Bedeutung unterschätzt und als ein internes deutsches Problem gesehen wurde, waren die Teilnehmer des Berliner Welttreffens fast ohne Ausnahme überzeugt, daß der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf völkerrechtlicher Grundlage eine besondere Bedeutung für die europäische Sicherheit zukomme. Bemerkenswert war die Auffassung, daß die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch dritte Staaten gleichzeitig eine wesentliche Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik bedeute.

Das Resultat der Aussprache fand seinen Niederschlag in der Formulierung einiger Grundsätze, so u. a.:

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sind streng einzuhalten;

die Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, ist Voraussetzung für die europäische Sicherheit.

Ferner forderten die Delegierten die Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch die Bundesregierung, den Kampf gegen den Faschismus als wichtige Voraussetzung für den Frieden und das Verbot faschistischer Parteien, so auch der NPD in der Bundesrepublik.

— eg —

Metall-Handwerker drängen vorwärts

Mitbestimmung und fortschrittliche Tarifpolitik Von der 3. Bundeshandwerkstagung der IG Metall

Mit 970 000 Beschäftigten in 149 000 Betrieben spielt das Metallhandwerk eine nicht zu übersehende Rolle in der Wirtschaft der Bundesrepublik. Nur rund 600 000 Beschäftigte sind Arbeitnehmer und gewerkschaftlich organisierbar. Von diesen wiederum gehören ca. 86 000 der IG Metall an, was einem Organisationsverhältnis von knapp 15 Prozent entspricht. Auf der 3. Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall vom 12. bis 13. Juni 1969 in Münster wurde von Gewerkschaftsfunktionären wiederholt auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, diese großen Reserven in der Mitgliederwerbung besser auszuschöpfen.

In vier Arbeitskreisen befaßten sich die Delegierten mit Fragen der Gewerkschaftsarbeit in den Organen der IG Metall und des DGB, in den Betrieben des Metallhandwerks und in den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks sowie mit der Tarifpolitik.

Die allgemeinen tarifpolitischen Forderungen für den gesamten Bereich der Metallverarbeitung präzisierende der Gewerkschaftsvorsitzende Otto Brenner auf der Konferenz. Die wichtigste aktuelle Forderung der IG Metall sei die Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub, sagte Brenner. Ebenso sei eine „kräftige“ Steigerung der Reallöhne und -gehälter und die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung dringlich geworden. Die IG Metall werde alle Termine zur Kündigung von Tarifverträgen wahrnehmen. (Siehe auch: „Im Vordergrund stehen Löhne und Urlaub“).

Der einzige Antrag, der zu Fragen der allgemeinen Politik Stellung bezieht und die Einführung der Vorbeugehaft ablehnt, wurde einstimmig angenommen. Zwei Anträge, die in den Betrieben die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Arbeitsgruppensprechern entsprechend den im SPD-Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes fixierten Vorstellung forderten, wurden nach einer scharfen Stellungnahme des Tarifexperten und Vorstandsmitgliedes der IG Metall, Hans Mayr, von den Antragstellern zurückgezogen.

Der Sprecher der Antragskommission kennzeichnete die Arbeitsgruppen als Versuch, das System der gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu zerschlagen und ihre Bedeutung bis zur Nichtigkeit zu reduzieren. Hans Mayr wies die Forderung nach Schaffung von Arbeitsgruppen kompromißlos zurück. Sie diene dazu, die Forderungen der IG Metall nach Freistellung der Vertrauensleute und Kündigungsschutz zu unterlaufen. Das sei auch die Linie des Unternehmensverbandes „Gesammetall“, der die politische Präsenz der IG Metall in den Betrieben fürchte und deshalb mehrfach die Einrichtung von Arbeitsgruppen, die an die gesetzliche Friedenspflicht gebunden seien, angeboten habe. Die IG Metall aber wolle einen Vertrauensmann, der an diese Friedenspflicht nicht gebunden sei.

Die Bundeshandwerkstagung verabschiedete eine Anzahl von Anträgen

und Entschlüssen. In der Entschlüsselung „Handwerk“ fordern die Delegierten vor allem die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Handwerkskammer, der regionalen Kammervereinigungen und des Deutschen Handwerkskammertages. Die sozialen Rechte der Arbeitnehmervertreter in der handwerklichen Selbstverwaltung sollen gesichert, die Gesellenausschüsse bei den Innungen in Arbeitnehmerausschüsse umgewandelt werden.

Die Konferenz forderte ferner, daß der Deutsche Handwerkskammertag sowie die Handwerkskammertage der Länder Körperschaften des öffentlichen Rechts werden. In den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks sollen nicht nur die Gesellen, sondern auch alle übrigen Arbeitnehmer im Handwerk repräsentiert sein. Bei der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks nach der Handwerksordnung soll das gleiche, geheime Wahlrecht eingeführt, das Wahlmännersystem für Gesellen abgeschafft werden.

Für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane soll eine klare Lohnaus-

fallregelung geschaffen werden. Die Bundesvereinigung der Innungskrankenkassen wurde aufgefordert, als förderndes Mitglied des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks auszuscheiden. Die Berufsbilder und die Ausbildungszeiten in den Metallhandwerksberufen sollen dem heutigen Stand der Entwicklung angepaßt werden.

Die Delegierten nahmen außerdem zu dem am 12. Juni 1969 verabschiedeten Berufsausbildungsgesetz Stellung und gaben ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß es nicht die Voraussetzungen zur Errichtung eines demokratischen, zukunftsweisenden Berufsbildungssystem schafft. Für eine künftige Novellierung des Gesetzes verlangte die Konferenz, daß das Berufsausbildungsgesetz umfassend und einheitlich für alle Lehr- und Anlernberufe sein müsse, daß nur in anerkannten Ausbildungsbetrieben Lehrlinge ausgebildet werden dürfen und daß Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe verstanden wird. Die Vertretungen der Arbeitnehmer — die Gewerkschaften — müßten bei der Erfüllung dieser Aufgaben gleichberechtigt mitbestimmen.

Die tarifpolitischen Forderungen der Konferenz sind u. a. der Abschluß eines Lehrlingsabkommens für das Metallhandwerk, die Beseitigung der noch bestehenden Ortsklassen und Altersabschlüsse, Schutz der Vertrauensleute, Gewährung eines 14tägigen bezahlten Bildungsurlaubs, soziale Sicherung der älteren Arbeitnehmer, Verlängerung des Urlaubs und ein erhöhtes Urlaubsgeld sowie eine weitestgehende tarifvertragliche Erfassung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen. Weitere Forderungen sind: Kündigungsschutz für Gesellenvertreter, Verbesserungen des Jugendarbeitsschutzes und Einführung von Schlechtwettergeld.

G. S.

IG Chemie vor dem 8. Gewerkschaftstag

Den Delegierten des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie—Papier-Keramik, der vom 31. August bis 6. September 1969 in Wiesbaden stattfindet, werden 467 Anträge zur Beschlußfassung vorliegen. Das ist die höchste Zahl von Anträgen, die je bei einem Gewerkschaftstag dieser Organisation eingebracht wurden. Folgende Themen und Schwerpunkte werden in den Anträgen behandelt:

■ Mit der Tarifpolitik befaßten sich allein 101 Anträge;

■ 85 Anträge beschäftigen sich mit der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Mitbestimmung, mit der Verbesserung des Arbeits- und Betriebsverfassungsrechts sowie mit rechtspolitischen Problemen;

■ 82 Anträge haben sozialpolitische und versicherungsrechtliche Themen zum Inhalt;

■ 80 Antragsteller äußern sich zu den brennenden politischen Fragen der

Abrüstung und Entspannung, der Ostpolitik, der Notstandsgesetzgebung und des Widerstandsrechts, zum Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien und anderen Gruppen der Gesellschaft;

■ 54 Anträge nehmen zu gewerkschaftlichen Organisations- und Satzungsfragen Stellung;

■ 22 Anträge haben das Schul-, Hochschul- und Berufsausbildungswesen zum Inhalt.

Wegen der Bedeutung der IG Chemie—Papier—Keramik — sie ist die drittgrößte DGB-Gewerkschaft — und der Nähe der Bundestagswahlen wird dieser Gewerkschaftstag die besondere Aufmerksamkeit der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit genießen. Wir werden in der August-Nr. der NACHRICHTEN eine ausführliche Vorschau bringen.

Im Vordergrund stehen Lohn und Urlaub

Metallarbeiter fordern 10 und mehr Prozent Lohnerhöhung Tarifbewegung in der Metallindustrie läuft an

Die Industriegewerkschaft Metall hat die diesjährige Lohn- und Tarifbewegung mit der Präzisierung ihrer Forderungen und dem Beginn von Verhandlungen in den 16 Bezirken über neue Urlaubsabkommen eröffnet. Die Forderungen lauten: Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht unter 10 Prozent, Nichtanrechnung des arbeitsfreien Samstags auf den Urlaub und damit Urlaubsverlängerung um 3 bis 4 Tage sowie stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung. Alle Lohn- und Gehaltstarifverträge in der Metallverarbeitung, in der über drei Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, sollen zum 30. September 1969 gekündigt werden.

Wie der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, kürzlich in Münster angekündigte, sollen auch alle übrigen kündbaren Tarifverträge — so für die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie zum 31. Oktober — gekündigt werden. Zur Zeit laufen in den Bezirken bereits Verhandlungen über neue Manteltarifverträge, Lohnrahmenabkommen, Vereinbarungen über Bildungsurlaub und tarifvertraglichen Schutz der Vertrauensleute.

In Münster sagte Otto Brenner, die „wichtigste aktuelle tarifpolitische Forderung“ der IG Metall sei die Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub. Die Reallöhne und -gehälter müßten 1969 eine „kräftige Stärkung“ erfahren. Das läßt den Eindruck aufkommen, als betrachte der IG-Metall-Vorsitzende nicht Lohn- und Gehaltserhöhungen als die wichtigste Aufgabe, zumal sich als Folge des Krisenjahres 1967 und der minimalen Einkommensaufbesserung 1968 für die Metallarbeiter ein enormer Nachholbedarf gebildet hat.

Die IG Metall steht angesichts dieser Lage vor der Notwendigkeit, neben Urlaubsverbesserungen und vermögenspolitischen Maßnahmen insbesondere die Löhne und Gehälter kräftig zu erhöhen, um den sozialen Standard und die Kaufkraft der Metallarbeiter deutlich zu verbessern. Alles andere wäre ein Zurückweichen vor den Politikern. Wie vorrangig in der Organisation von den Mitgliedern die Lohn- und Gehaltspolitik betrachtet wird, geht aus der Mitteilung eines Vorstandssprechers Anfang Juli in Frankfurt hervor, wonach die Mehrzahl der Verwaltungsstellen der IG Metall für eine Forderung von 10 Prozent eintrete, andere jedoch „weit über diese Zahl hinaus“ gegangen seien.

Auch der DGB-Bundesvorstand hat im Juni in einer Erklärung angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung zu einer Aktivierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik aufgefordert. Täglich werde deutlicher, erklärt der DGB, daß die Rekorderträge der Unternehmen im Jahre 1968 von den Gewinnen des Jahres 1969 weit übertroffen werden. Der Rückstand der Löhne und Gehälter bei dieser Entwicklung werde umso größer, als gleichzeitig die Lebenshaltungskosten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um mehr als 3 Prozent gestiegen sind. Der DGB

werde daher die angekündigten und bevorstehenden Lohn- und Gehaltsforderungen der einzelnen Gewerkschaften mit allem Nachdruck unterstützen.

Nach einer kürzlichen Veröffentlichung der IG Metall sind in der metallverarbeitenden Industrie die Bruttostundenverdienste 1968 gegenüber 1967 nur um 3,9 Prozent gestiegen. Durch Überstunden sei der Wochenlohn jedoch um 7,5 Prozent höher gewesen. Aber 1967 sei er gegenüber 1966 sogar um 0,5 Prozent geringer gewesen. Nach Abzug der Preissteigerungen und der Steuerprogression sind die Realeinkommen der Metallarbeiter trotz Überstundenleistung in den letzten beiden Jahren bestenfalls um 2 bis 3 Prozent gestiegen. Wenn man dagegen hält, daß im gleichen Zeitraum die Arbeitsproduktivität um 18 Prozent und die Unternehmergewinne um 30 Prozent zugenommen haben, dann wird die Dringlichkeit einer energischen Lohnbewegung in der Metallindustrie — wie überhaupt in allen Bereichen der Wirtschaft — deutlich.

Die in „Gesamtmetall“ zusammengeschlossenen Unternehmerverbände fürchten offensichtlich eine breite, von unten — in den Betrieben und Bezirken — geführte Lohnbewegung und drängen auf Spitzenverhandlungen. In

dem dritten Spitzengespräch dieses Jahres zwischen IG Metall und Gesamtmetall, das am 16. Juni 1969 geführt wurde und die anstehenden tarifpolitischen Fragen betraf, wurde laut gemeinsamer Presseerklärung bereits vereinbart, daß die Tarifparteien „mit ihren Beschlußgremien die Möglichkeit der baldigen Fortführung der Gespräche über alle offenstehenden Fragen“ prüfen.

Dem Vorstand der IG Metall muß klar sein, daß Verhandlungen in der Spitze die Ausschaltung der solidarischen Kraft und Aktivität der Organisation bedeutet und folglich zu einem geringeren und unbefriedigenden Ergebnis führen muß. Obgleich von Seiten der Unternehmer, aber auch der SPD mit Blick auf den Wahlkampf Interesse an solchen einsamen Spitzengesprächen besteht, sollte der Vorstand der IG Metall die tarifpolitische Autonomie der Bezirke achten und die Gesamtorganisation auf die Mobilisierung aller Kräfte orientieren. Nur auf diese Weise kann es gelingen, den wirtschaftlichen Konjunkturverlauf für die Metallarbeiter in klingende Münzen umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an die kürzlichen Vorgänge in Hannover zu erinnern. Dort haben bekanntlich Arbeiter, Angestellte, Studenten und die übrigen Bevölkerungskreise, bei tatkräftiger Mitwirkung der Gewerkschafter, die Annullierung einer Fahrpreiserhöhung und die Überführung der Verkehrsgesellschaft in kommunales Eigentum erzwungen. Darin liegt eine fundamentale Lehre auch für die Lohn- und Tarifbewegungen: die Kraft der Solidarität und des entschlossenen gemeinsamen Handelns ist unbesieglich. Wenn die Gewerkschafter, die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie die Notwendigkeit und Richtigkeit ihrer Lohn- und Urlaubsforderungen erkannt haben, dann gilt es sie mit der solidarischen Entschlossenheit der drei Millionen in diesem Industriezweig Beschäftigten auch durchzusetzen. Sb.

Angestellte vertrauen der IG Chemie

Von der 7. zentralen Angestelltenkonferenz

Einen steigenden Trend weist die Zahl der Angestellten auf, die in der IG Chemie-Papier-Keramik organisiert sind. In den letzten zehn Jahren erhöhte sie sich um rund 27 500 auf knapp 66 000. Diese Entwicklung setzte sich auch im ersten Quartal 1969 fort; in dieser Zeit erhöhte sich die Zahl der Angestellten um rund 550. Die IG Chemie ist die drittgrößte DGB-Gewerkschaft und hatte am 31. März 1968 über 538 000 Mitglieder. Diese Zahlen wurden auf der 7. zentralen Angestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik bekanntgegeben, die vom 12. bis 14. Juni 1969 in Ludwigshafen stattfand.

Die Delegierten der Angestelltenmitglieder beschäftigten sich überwiegend mit den speziellen beruflichen, tariflichen und sozialen Problemen der einzelnen Angestelltenberufe und -tätigkeiten. In Telegrammen an die Bundestagsfraktionen protestierte die Konferenz gegen die Mißachtung der Gewerkschaftsforderungen bezüglich der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte und des Finanzausgleichs zwischen den Versicherungsträgern.

Die verfassungsmäßig verankerte soziale Gerechtigkeit, erklärte der Referent für Sozialpolitik beim Hauptvorstand der IG Chemie, Karl Lücking,

gebiete die Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung. Die Angestellten der IG Chemie würden sich dagegen wehren, daß zusammen mit der Einführung der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung für Arbeiter infolge Beibehaltung der Versicherungspflichtgrenze wiederum Unterschiede, diesmal zwischen den Angestellten auf der einen und zwischen Arbeitern und Angestellten auf der anderen Seite, gemacht werden.

Der Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, dem die Aufgabe zugefallen war, die in letzter Zeit auf Gewerkschaftsveranstaltungen halbwegs obligatorische Lobeshymne auf die Wirtschaftspolitik Prof. Schillers zu singen, kritisierte andererseits, daß die Bundesregierung nicht zugleich mit den Investitionsprogrammen auch den Konsum angeregt hat. „Eine kräftige Steigerung der Massenkaufkraft, auch durch Lohn-erhöhungen, hätte schon längst erfolgen müssen“, sagte Hesselbach.

Im Hauptreferat, das der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Ferdinand Eichhorn hielt, analysierte dieser die soziale Situation des Angestellten. Die herkömmliche Unterscheidung Arbeiter/Angestellter werde sich durch die technologische Entwicklung mehr und mehr verwischen. Eine Angleichung der Arbeitsnormen sei das Ergebnis. Gerade in der chemischen Industrie könne man diese Entwicklung am besten erkennen.

So habe sich von 1950 bis 1967 das Beschäftigungsverhältnis der Arbeiter und Angestellten von 3:1 auf 1,6:1 verändert. In der gesamten Industrie der Bundesrepublik wechselten jährlich rund 100 000 Arbeiter ins Angestelltenverhältnis. Diese Strukturveränderung erfordere von Arbeitern und Angestellten insbesondere laufende berufliche Weiterbildung. Aufgabe des Staates sei es, zeitgerechte und auf die Zukunft orientierte Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. In diesem Zusammenhang sei die Neugestaltung der schulischen Ausbildung notwendig. Die herkömmliche Berufsausbildung werde schon in zehn Jahren überholt sein.

Eichhorn kündigte einen langfristigen Aktionsplan der IG Chemie an, um durch betriebsnahe gewerkschaftliche Angestelltenarbeit mehr Angestellte für die Organisation zu gewinnen. „Die immer noch distanzierte Haltung vieler Angestellter zur gewerkschaftlichen Organisation bringt die Gefahr mit sich, daß die Angestellten als künftige Mehrheit der Beschäftigten durch schwache Organisationszahlen nicht die Kraft und das Tempo aufbringen, den sozialen Fortschritt zu gestalten“, warnte Eichhorn. Die Gewerkschaften müßten sich auf diese Situation einstellen und mit aller Kraft Angestellte als Mitglieder gewinnen, denn Tariffragen seien auch in Zukunft ausschließlich Machtfragen. K. K.

Streik an den Seefahrtsschulen

**Es geht um bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen
ÖTV und DAG unterstützen Kampf der Seefahrtsstudenten**

Der Ausgangspunkt für die Streikbewegung an den Seefahrtsschulen, wo die Schüler aus Protest vorzeitig das Semester abgebrochen haben, ist die vom Verband Deutscher Reeder vorgelegte Schiffsbesetzungsordnung (SBO). Der Entwurf der SBO, der die volle Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums findet, soll vor allem die Fluktation in der Seefahrt stoppen. Von den Seefahrtsschülern, die fast alle eine langjährige Bordpraxis besitzen, wird der vorgelegte Entwurf als ein „übler Trick“ bezeichnet, den „die Reeder sich ausgedacht haben um einen Ausweg aus ihren Personalschwierigkeiten zu finden“.

Statt einer modernen, zeitgerechten Fachholschulbildung, die auch nach Jahren Seefahrtszeit ein reibungsloses Überwechseln in eine Landstellung ermöglicht, soll die längst überholte, einspurige Ausbildung mit üblichem „Pauketrieb“ erhalten bleiben.

Die jetzt vorliegende SBO will eine weitere Verkürzung des Studiums mit dem Ziel sogenannter Mittelpatente schaffen. Die Einführung dieses Mittelpatents würde den jährlichen Bedarf an Großpatentinhabern (A 5 u. A 6) von heute etwa 2800 nach den Vorstellungen der Reeder auf 680 verringern. Die Zielvorstellung der Reeder ist also eindeutig:

- die Personalkosten erheblich zu verringern;
- die Personallücke so schnell wie möglich zu stopfen;
- die Abhängigkeit der Patentinhaber vom Reeder zu vergrößern.

Die Forderungen der Seeleute sind andererseits folgende:

- Autonome Verwaltungs- und Entscheidungsfreiheit der Seefahrtsschulen;
- Integration der Seefahrtsschulen in den Hochschulbereich;
- Paritätische Mitbestimmung, besonders bei der Festlegung der Lehrmethoden, Lehrinhalte und Prüfungsordnungen.

Doch es geht bei dem Streik der Seefahrtsschüler nicht nur um bessere Ausbildung schlechthin, sondern auch um eine wesentliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord. Dazu gehören:

- Beseitigung der rückständigen Vorschriften im Seemannsgesetz;
- Kündigungsrecht für den Seemann wie in Landbetrieben;
- tarifliche Festlegung, daß der gesetzliche Urlaub sowie die Ansprüche aus Ersatzzeiten für die freien Tage auf See im Laufe des Beschäftigungsjahres geschlossen zu gewähren sind;
- Wegfall der Überstundenpauschale und eine klare Regelung der Überstundenbezahlung;
- eine fortschrittliche Logisverordnung, die dem Seemann auf allen Schiffen, gleich welcher Größenordnung, echte Ruhe- und Erholzeit sichert.

Die laufende Strukturveränderung in der Handelsflotte, die zu einer ver-

stärkten Rationalisierung im Hafenumschlag und höheren Reisegeschwindigkeiten führte, machen den Landgang für den Seemann fast unmöglich. Hinzu kommen erhöhte Lärmbelastungen in den Logis- und Aufenthaltsräumen an Bord, so daß sich die Arbeitsbedingungen für den Seemann negativ verändert haben.

Es ist daher zu begrüßen, daß die beiden Gewerkschaften ÖTV und DAG sich zu einer Unterstützung des studentischen Streiks an den Seefahrtsschulen entschlossen haben. In einer gemeinsamen Erklärung vom 6. Juni 1969 heißt es: „Die Gewerkschaften stehen auf der Seite der Studenten, die an den vier Seefahrtsschulen mit einem Semesterabbruch gegen die nur schleppend vorankommende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingung an Bord und die seit 10 Jahren verzögerte Ausbildungs- und Schiffsbesetzungsordnung von 1931 protestieren.“

P. B.

Seelotsen jetzt in der Gewerkschaft ÖTV

Von den 936 Seelotsen, die vor Elbe, Weser, Ems und Jade stationiert sind, um die Schiffe sicher in die Häfen zu geleiten, sind jetzt 500 geschlossen der Gewerkschaft ÖTV beigetreten. Der Grund? Ihre bisherigen Standesorganisationen waren nicht in der Lage, ihre Interessen wirksam zu vertreten.

Ogleich alle Seelotsen im Besitz des großen Patents sein müssen, liegen sie in ihren Bezügen hinter der Heuer eines Kapitäns auf großer Fahrt. Völlige Unsicherheit besteht auch in der Altersversorgung und im Fall einer Berufsunfähigkeit. In einer Zeit, da in Industrie und Wirtschaft Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnausgleich der Normalfall sind, hat das Bundesverkehrsministerium die arbeitsmäßige Belastung der Lotsen um 20 Prozent erhöht.

Auf der Gründungskonferenz der Bundesfachgruppe Seelotsen in Hamburg hieß es: „Wir erwarten von unserer Mitgliedschaft in der ÖTV eine stärkere Position in der Durchsetzung unserer Forderungen gegenüber Bund und Reeder.“ P. B.

Wessen Gesellschaft?

„Unser gesellschaftlicher Standort wird nicht mehr dadurch bestimmt, daß wir mit dem Rücken zur Wand kämpfen. Wir stehen mit beiden Füßen fest in diesem Staat und in dieser Gesellschaft. Das bedeutet nicht, Verhältnisse unverändert zu lassen, die dringend der Veränderung bedürfen.“ — Diese Sätze des Vorsitzenden der IG Bau—Steine—Erden, Rudolf Sperner, auf dem 8. Gewerkschaftstag Anfang Juni 1969 in Wiesbaden sind mehr als nur Worte, sie widerspiegeln eine komplette Weltanschauung. Man kann sie als das Glaubensbekenntnis derjenigen in der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnen, die die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsordnung als Ziel abgeschrieben haben.

Mit „wir“ meinte Sperner in seiner Wiesbadener Rede nicht nur die IG Bau—Steine—Erden, sondern die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft im allgemeinen. Aus der Tatsache, daß die Arbeiter und Angestellten heute entschieden mehr Geld verdienen als jemals zuvor, daß sie sich nicht mehr durch schäbige Kleidung vom Kapitalisten unterscheiden, daß sie elektrisches Licht statt Kienspan oder Petroleum brennen und einige technische Errungenschaften besitzen, die es zu Marx' und Bebels Zeiten noch nicht gab, aus alledem schließen manche Gewerkschaftsfunktionäre, daß nun auch die Klassen verschwunden und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sei.

Sie ignorieren und sprechen lieber nicht davon, daß auch heute noch der Arbeiter und Angestellte seine Arbeitskraft verkaufen muß, um zu existieren und daß er auf diese Weise gezwungen ist, Reichtum und Macht einer hauchdünnen Schicht des Volkes

fortwährend zu vergrößern. Der Arbeitnehmer und Gewerkschafter kämpft auch heute noch „mit dem Rücken zur Wand“ — wie vor 50 oder 100 Jahren — gegen eine geschlossene Phalanx der Unternehmer und aller, die in dieser Gesellschaft Macht und Einfluß haben. **Nicht der geringste soziale oder gesellschaftliche Fortschritt findet ohne diesen Kampf statt.**

Diese Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der die Kapitalisten die Macht haben und die Arbeitnehmer um die Macht kämpfen; in der die Kapitalisten die Fabriken und die gesamte Existenzgrundlage des Volkes besitzen und die Arbeitnehmer noch immer um einen Zipfel Mitbestimmung ringen müssen. Man kann nicht sagen, daß so die Gesellschaft aussieht, zu der die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft sich bekennen können. Sperner sagt zwar, daß es Verhältnisse zu verändern gelte, „die dringend der Veränderung bedürfen“. Er meint damit die kleinen und großen Ungerechtigkeiten des täglichen Lebens; die größte aber, daß nämlich diese Gesellschaftsordnung wenigen Menschen zur persönlichen Bereicherung und Machtbefriedigung in Privatbesitz beläßt, was alle zum Leben brauchen, diese Ungerechtigkeit meint er nicht. Aber auf deren Überwindung kommt es gerade an.

Ein Gewerkschafter kann sich nicht zum Kapitalismus bekennen. Das ist genau so ein Unding, als hätten sich Spartacus zur Sklaverei und Thomas Münzer zur Leibeigenschaft bekannt. Wer heute der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Wort redet, wirkt als Gewerkschaftsfunktionär ebenso grotesk wie vor gut 150 Jahren ein leibeigener Bauer, der seinesgleichen aufforderte, zwar für die Erleichterung und Verkürzung der Fron zu kämpfen, aber um Gotteswillen nicht die Leibeigenschaft und die Feudalordnung selbst anzutasten. Sein Baron und sein Fürst werden gewiß den Bauern öffentlich belobigt haben; über Sperners Worte schrieb die Presse Axel Springer auch sehr lobend. — ert

in Anspruch nehmen konnten, gilt jetzt als untere Grenze das 40. Lebensjahr für alle.

Künftig muß der Unternehmer für Beschäftigte, die wegen Rationalisierungsmaßnahmen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt werden, den bisherigen Lohn für mindestens acht und höchstens 39 Wochen, gestaffelt nach Alter und Betriebszugehörigkeit, weiterzahlen statt bisher höchstens 26 Wochen. Wenn Entlassungen unumgänglich werden, gelten die genannten Zeiten gleichzeitig als Kündigungsfristen.

Zigarettenindustrie arbeitet weniger als 40 Stunden

Der Gewerkschaft Nahrung—Genuß—Gaststätten ist es gelungen, erstmals in der Bundesrepublik die 40-Stunden-Arbeitswoche für eine Gruppe von Arbeitnehmern zu durchbrechen. Nach einem Ende Juni 1969 vereinbarten neuen Tarifvertrag für rund 12 000 Arbeiter der Zigarettenindustrie wird ab 1. Januar 1970 für die in Wechsellagerung Beschäftigten eine wöchentliche durchschnittliche Arbeitszeit von 38¾ Stunden gelten. Da nach Angaben der Gewerkschaft zusätzlich zu den üblichen Pausen weiterhin täglich zwei Kurzpausen von je zehn Minuten Dauer gewährt werden, sinkt die effektive Arbeitszeit sogar auf 37 Stunden und fünf Minuten.

Mit dem neuen Manteltarifvertrag wird in der Zigarettenindustrie von 1970 an auch der Jahresurlaub um mindestens zwei Tage verlängert. Danach beträgt der Grundurlaub künftig 20 und der Höchsturlaub 25 Tage. Bemerkenswert und kaum bekannt ist, daß in der Zigarettenindustrie der arbeitsfreie Samstag schon seit 1956 nicht mehr als Urlaubstag angerechnet wird. Ferner wurde in dem neuen Manteltarifvertrag die Zuschußzahlung zum Krankengeld über die gesetzliche Regelung von sechs Wochen hinaus auf bis zu 78 Wochen ausgedehnt.

DGB fordert 8 Prozent Gehaltserhöhung für Beamte

Eine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 8 Prozent ab 1. 1. 1970 fordert der DGB für die Beamten und Versorgungsempfänger. Diese Forderung, die sich keineswegs an der gegenwärtigen Lohnbewegung orientiert, in der Lohn- und Gehaltsaufbesserungen zwischen 10 und 15 Prozent verlangt werden, hat der DGB im Juni angemeldet, damit sie bei der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden kann.

Neben der allgemeinen Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge verlangt der DGB vordringlich, daß die Dienst- und Versorgungsbezüge ab

1. Januar 1970 ausschließlich auf der Grundlage der Ortsklasse S berechnet werden, wobei der Ortszuschlag stärker als bisher nach den Bedürfnissen der Familien ausgerichtet sein soll.

Textilindustrie: Neues Rationalisierungsschutzabkommen

Am 1. Juni 1969 ist in der Textilindustrie ein neues Rationalisierungsschutzabkommen in Kraft getreten, das mit Ausnahme der Tarifgebiete Südbayern und Saarland im gesamten Bundesgebiet gilt. Während nach dem alten Abkommen nur Männer über 55 und Frauen über 50 Jahre die Leistungen des Rationalisierungsschutzabkommens

Nur 6,5 Prozent in der Gablonzer Industrie

Für die rund 6000 gewerblichen Arbeitnehmer in allen Betrieben der Gablonzer Glasindustrie der Bundesrepublik sind am 6. Juli 1969 Lohnerhöhungen zwischen 6 und 6,5 Prozent wirksam geworden. Dieses dürftige Ergebnis, das von der IG Chemie—Papier—Keramik erzielt wurde, wird allerdings durch einige andere Erfolge verbessert: So trat ab 1. Juli 1969 auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 42½ auf 41¼ Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich in Kraft. Rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres wurde eine Erhöhung des Urlaubs um einen Tag und die Zahlung von zusätzlichem tariflichem Urlaubsgeld von 11 DM pro Tag vereinbart.

1971 außerordentlicher DGB-Kongreß

Es geht um die Änderung der Satzung des DGB Konservative und demokratische Reformer am Werk

Wie bereits in NACHRICHTEN Nr. 5/69, vor dem 8. ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vorausgesagt wurde, haben die Probleme einer sogenannten Organisationsreform auf diesem Kongreß einen erheblichen Raum eingenommen. Gegensätzliche Standpunkte prallten aufeinander. Es zeigte sich auch, daß es bei diesem Thema hintergründig nicht um organisatorische Fragen im engeren Sinn geht, sondern um den Inhalt der künftigen Politik, um die Rolle und Funktion der Gewerkschaften im spätkapitalistischen System.

Im Ergebnis des heftigen Meinungsstreits wurde mit Mehrheit ein Kompromißvorschlag angenommen, der vorsieht, im Jahre 1971 einen außerordentlichen DGB-Bundeskongreß durchzuführen, auf dem eine neue Satzung verabschiedet werden soll. Außerdem wurde festgelegt, daß

1. der DGB-Bundesvorstand bis zum 1. 9. 1969 eine Kommission bilden muß, die die Vorarbeiten für eine Satzungsänderung leistet;
2. die Gewerkschaften das Recht haben, bis zum 31. 12. 1969 Vorschläge an die Kommission heranzutragen;
3. die Arbeit der Kommission so abzuschließen ist, daß ihr Ergebnis den Gewerkschaften spätestens bis zum 1. 10. 1970 zur Diskussion vorgelegt werden kann;
4. vor Stattfinden des außerordentlichen DGB-Kongresses den Gewerkschaften, den DGB-Landesbezirken und -Kreisen ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Einreichung von eigenen Anträgen zum neuen Satzungsentwurf zu geben ist.

Während eine übergroße Mehrheit des Kongresses den Antrag unterstützte, eine Kommission mit der Untersuchung der Probleme einer Satzungsänderung zu beauftragen, konnte der Beschluß zur Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses selbst nur gegen eine starke Minderheit angenommen werden.

Die Motive, die der Haltung der einzelnen Delegierten zugrunde lagen, waren völlig verschieden und sogar entgegengesetzt. Da gab es diejenigen, die davon ausgingen, daß sich die Struktur des DGB in den zwanzig Jahren seines Bestehens im großen und ganzen bewährt habe, die sich aber zweckmäßigen Änderungen im Organisationsbereich, die meist ohne Satzungsänderungen möglich sind, nicht verschließen wollen, wie z. B. der Notwendigkeit, den Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Altersstruktur durch die Werbung neuer Mitglieder zu verbessern. Es ist eine außerordentlich bedenkliche Erscheinung, daß auf dem 8. Bundeskongreß von 430 Delegierten nur ganze vier unter 30 Jahren waren. Der Vorsitzende der Gewerkschaft OTV, Heinz Kluncker, machte mit Recht darauf aufmerksam, daß sich „die ohnehin bedenkliche Altersstruktur in den nächsten Jahren weiter verschlechtern“ wird, wenn es

nicht gelingt, in noch stärkerem Maße als bisher junge Mitglieder für die Gewerkschaften zu gewinnen. Junge Mitglieder gewinnt man aber nicht durch den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, sondern durch deren Ausbau und durch eine kämpferische und daher attraktive Gewerkschaftspolitik.

Die meisten Delegierten traten dafür ein, den Mitgliedern mehr Mitbestimmung, mehr Mitwirkung, mehr Information und mehr Anteilnahme an den Entscheidungen zu ermöglichen und eine größere Betriebsnähe der Organisation zu erreichen. Sie sind der Auffassung, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur als Kampforganisationen der Arbeiter und Angestellten erfüllen können. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, wies darauf hin, daß gewerkschaftliche Stärke in der Tat und in der Aktion notwendig sei, „nicht aber die lose Proklamierung der Stärke. Stärke erzeugt man nicht mit Worten, Stärke ist Sache des gemeinsamen Handelns.“

Im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution haben sich in der Wirtschaft tiefgreifende Strukturveränderungen vollzogen, die auch die Abgrenzung der Organisationsgebiete der einzelnen Gewerkschaften berühren. Es wird sicherlich zweckmäßig sein, daß die Gewerkschaften, deren Bereiche sich berühren oder gar durchdringen, ihre Arbeit koordinieren oder sich auf freiwilliger Grundlage zusammenschließen. Das Vorstandsmitglied der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschild, brachte den bildlichen Vergleich, daß es für die Gewerkschaften notwendig sei, die Motorhaube zu öffnen, die Zahl der Zylinder zu zählen und zu überprüfen, „ob nicht vielleicht eine kleinere Zylinderzahl und eine höhere Kompression eine höhere Geschwindigkeit zuläßt, wobei dann vielleicht noch Treibstoff gespart werden könnte“.

Dem DGB-Kongreß lag eine Reihe von Anträgen vor, die eine demokratische Ausgestaltung der Satzung vorsahen. Sie wurden, wie alle anderen Anträge zu diesem Problemkreis, zur Bearbeitung an die zu bildende Kommission überwiesen. Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen forderte, daß künftig wieder die DGB-Kreise für den Bundeskongreß antragsberechtigt sein sollen. Der DGB-Landesbezirk Hessen will die Rolle des DGB-Bun-

desausschusses aufwerten und ihn dadurch demokratisieren, daß seine Zusammensetzung von der Mitgliedsstärke der einzelnen Gewerkschaften bestimmt wird.

Es gibt jedoch auch starke Kräfte im DGB, die der Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit der Änderung der DGB-Satzung einen völlig anderen Inhalt geben und sie von einer Kampforganisation in eine Dienstleistungsorganisation umfunktionieren wollen, in der der Geist der Sozialpartnerschaft herrscht. Sie wollen kein „demokratisches Gefummel“ (Sperner), sondern die Gewerkschaften in eine militärbürokratie-ähnliche Institution verwandeln. Die Änderung der Satzung in diesem Sinne soll nur der erste Schritt sein, dem eine grundlegende Änderung des DGB-Grundsatzprogramms folgen soll. Die vor allem von der Deutschen Postgewerkschaft gestellten Anträge offenbarten einen undemokratischen Geist.

Bisher wurde die Zahl der auf jede Gewerkschaft entfallenden Delegierten nach der Zahl der Mitglieder ermittelt. Die DPG will, daß nunmehr ein Drittel aller Mandate ohne Rücksicht auf die Stärke der einzelnen Gewerkschaften gleichmäßig verteilt wird, um neue Mehrheitsverhältnisse im DGB zu schaffen. Den DGB-Landesbezirken soll das Antragsrecht und die Verantwortung für den eigenen Haushalt entzogen werden. Die Geschäfte in den DGB-Landesbezirken und Kreisen sollen von ernannten Geschäftsführern wahrgenommen werden.

Für Kurt Gscheidle, den Hauptbefürworter einer undemokratischen Organisationsreform, hat die DGB-Satzung nicht die Aufgabe, den Rahmen gemeinsamer Aktionen abzustechen. Er sieht in der Satzung vor allem eine Zuchttrute. Vor dem DGB-Kongreß vertrat er die Auffassung, daß sich im Verkehr nicht alle freiwillig unterordneten, „braucht man hin und wieder die Polizei, die darauf achtet, daß die Verkehrsregelungen eingehalten werden“. Wenn die Grundsätze einer Satzung nicht freiwillig eingehalten würden, „muß man überlegen, wie es hin und wieder zu erzwingen wäre“.

Otto Brenner machte ihn darauf aufmerksam, wie falsch es wäre, die sachlich-politischen Probleme, die einer Reformdiskussion zugrunde liegen, „nach den Grundsätzen der Verkehrsregelung behandeln zu wollen und dem DGB gewissermaßen die Rolle eines verkehrsregelnden Polizisten zuzuschreiben“.

Auf dem DGB-Kongreß in München waren die Kräfte, die sich als „Reformer“ bezeichneten, in Wirklichkeit jedoch, die kapitalistische Ordnung verewigen wollen und daher stockkonservativ sind, in der Minderheit. Aber die Gefahr einer Gleichschaltungssatzung ist damit noch keinesfalls überwunden. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um zu erreichen, daß eine breite Diskussion grundlegender gewerkschaftlicher Fragen zu einer echten Stärkung der Gewerkschaften führt.

Dr. H. Schäfer

Keine Gleichsetzung von rechts und links!

Widerspruch gegen Antrag zur »Sicherung der Demokratie« Gefährliche Stimmungsmache gegen linke Opposition

Mancher Delegierte des 8. DGB-Kongresses mag — angesichts der Peinlichkeit der Situation — eine Gänsehaut bekommen haben, als der erkonservative Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) in seiner Begrüßungsrede die Gewerkschaften vor den „Rattenfängern von rechts oder links“ warnte, der Strauß-Intimus und CSU-Generalsekretär Max Streibl sie aufforderte, alle Angriffe auf die Freiheit „von rechts oder links“ abzuwehren, und als der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel (CSU) die Gewerkschafter gegen die „antiparlamentarische Opposition ... von links und von rechts“ in Schutz nahm. Peinlich deshalb, weil der DGB-Bundesvorstand den Delegierten einen Antrag vorgelegt hatte, der von Goppel, Streibl oder Hassel hätte geschrieben sein können.

Diese keineswegs gedankenlose, sondern bewußt propagierte Gleichsetzung der Neofaschisten und der Opposition links von der SPD (darauf läuft sie in der Praxis hinaus), ist auch in dem Antrag des Bundesvorstandes enthalten (siehe Wortlaut „Sicherung der Demokratie“ — Nr. 75). Gegen eine Anzahl Stimmen und bei mehreren Enthaltungen wurde dieser Antrag beschlossen, während ein weiterer Antrag, der sich ausschließlich gegen die linke Opposition wendet und vom Vorstand der IG Metall eingebracht wurde (Nr. 76) als Material an den DGB - Bundesvorstand überwiesen wurde.

Offensichtlich wird diese Terminologie der Gleichsetzung von rechts und links von Politikern der CDU/CSU, aber auch solchen SPD-Prominenten wie Helmut Schmidt dazu benutzt, um eine Stimmung zu erzeugen, die garantieren soll, daß die NPD nicht verboten werden kann, ohne zugleich auch die DKP und andere linke Gruppierungen zu verbieten. Da aber die demokratische Öffentlichkeit und Weltmeinung auf eine abermalige Unterdrückung der Linken in der Bundesrepublik sehr negativ reagiere würde, was man weiß, soll davon auch die NPD profitieren können. Das sind offensichtlich die tieferen politischen Absichten derjenigen, die die Gleichsetzung der Faschisten und ihrer Opfer erfunden haben und mit Verve propagieren. Das sollte für Gewerkschafter ein gewichtiger Grund sein, diese reaktionäre Bewußtseinsmanipulation entschieden zurückzuweisen.

Auf dem Münchener DGB-Kongreß hat sich der IG Metall-Delegierte Erich Weigel energisch gegen diese gefährliche Gleichsetzung gewandt. Nachstehend bringen wir einen Auszug aus seinem mit Beifall aufgenommenen Diskussionsbeitrag (Tagesprotokoll, 5. Tag, S. 125 ff):

„Wenn ich die Anträge Nr. 75 und Nr. 76 lese, muß ich an die Rede unseres Kollegen Ludwig Rosenberg denken, die er am Sonntag anläßlich des 20-jährigen Bestehens des DGB gehalten hat. Kollege Rosenberg rief uns ins Gedächtnis, daß nach 1945, wie er wörtlich sagte, über Parteien und Welt-

anschauungen hinweg mit gemeinsamer Kraftanstrengung die Gewerkschaften neu aufgebaut wurden.

Willy Brandt unterstrich gestern ebenfalls die Verdienste der Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde, die seinerzeit, wie er formulierte, die harte Knochenarbeit geleistet haben, um die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft zu schaffen.

Ihr wißt, daß es sich dabei in erster Linie um jene Männer und Frauen handelte, die das nazistische Unrechtsregime als aktive Antifaschisten überlebt haben. Sie kamen aus den Konzentrationslagern und aus der Emigration und haben keine Mühe gescheut, nochmal von vorn zu beginnen. Ihnen und allen, die sich ihnen anschlossen, haben wir es in besonderem Maße zu verdanken, daß unser DGB so stark geworden ist und die Erfolge erzielen konnte, die wir bis heute errungen haben.

Es liegen nun zwei Anträge vor, in denen nach meinem Empfinden in unzulässiger Weise die Begriffe links und rechts in einen Topf geworfen werden. Daß die Gewerkschaften nach den schrecklichen Erfahrungen der 12 Jahre faschistischer Herrschaft mit aller Kraft alle neonazistischen Tendenzen be-

kämpfen, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich gebe aber zu bedenken, ob es richtig ist, mitzuwirken, in unserem Lande eine Stimmung gegen links zu erzeugen. Ich meine, daß auf diesem Felde allein schon die Bildzeitung genug tut.

Nun wird in dem Antrag zwar von linksextremistischen Gruppierungen gesprochen, von Linksradikalismus usw.; aber mit dem Hinweis auf die Lehre von revolutionären Veränderungen wird auch deutlich gemacht, daß nicht nur scheißzertrümmernde Anarchisten gemeint sind. Versteht mich bitte richtig: Ich will denen nicht das Wort reden, die in anarchistischer Zerstörungswut die ganze Linke diskreditieren. Wir Gewerkschafter, die doch nach Vergangenheit und Zielsetzung selbst der Linken zugeordnet werden, müssen diese Dinge auseinanderhalten ...

Links zu sein ist keine Schande, und wenn Ludwig Rosenberg am Sonntag fragte, wo denn die Bundesrepublik hingekommen wäre, wenn nicht die Gewerkschaften auf den radikalen Wandel mancher Einrichtungen und Zustände verzichtet hätten, so frage ich, wo die Gewerkschaften und die gesamte Gesellschaft hingekommen wären, wenn wir nicht die Linke gehabt hätten. Wir alle, so glaube ich, sollten gerecht sein: Ob im Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz, gegen die Atombewaffnung, gegen die Notstandsgesetze, gegen die Vorbeugehaft, oder im Kampf für Mitbestimmung und höhere Löhne der Arbeiter und für soziale Gerechtigkeit und Bildungsreform — immer haben wir die Unterstützung durch jene, die im Antrag Nr. 75 und Nr. 76 mit den Neonazis in einen Topf geworfen werden.

Außerdem: Eine solche Gleichsetzung von rechts und links stärkt, ob wir das wollen oder nicht, die Rechten und schwächt unsere eigenen Kräfte ... Das wollte ich hier zu bedenken geben und Sie dringend bitten, besser zu differenzieren.“

„Für Zusammenarbeit im EWG-Raum“

Um die Anträge, die eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften im EWG-Raum fordern, auch wenn diese nicht dem IBFG angehören, entwickelte sich auf dem DGB-Kongreß eine kurze Diskussion. Während der zur Annahme empfohlene Antrag Nr. 39 (s. Wortlaut) lediglich den DGB-Bundesvorstand beauftragt zu prüfen, ob eine solche Zusammenarbeit möglich ist, forderte der von der IG Chemie eingebrachte Antrag Nr. 41 den Bundesvorstand auf, die Richtlinien für Kontakte so zu ändern, daß die Zusammenarbeit mit nicht dem IBFG angehörenden Gewerkschaften möglich wird. Mit zwingenden Argumenten verteidigte der Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-

Keramik von Rheinland-Pfalz, Hans Schweitzer, den Antrag Nr. 41, der als weitergehender Antrag schließlich doch nicht die nötige Mehrheit fand. Schweitzer sagte u. a.:

„Ich glaube, es gibt keinen Zweifel mehr darüber, wenn man die Entwicklung in der EWG und die Zusammenballung von Macht in den Händen verschiedener Unternehmer sieht, daß es notwendig ist, zumindest auf der Unternehmensebene mit allen den Gewerkschaften zu reden, die in diesen Betrieben und Unternehmen vertreten sind, um auf dieser Basis eine Gemeinsamkeit gegen den gemeinsamen Unternehmer herbeiführen zu können. Ich

glaube aber auch, daß es im Hinblick auf die jüngste Entwicklung in der EWG höchste Zeit ist, einen Schritt in dieser Richtung zu tun.

Während wir in dieser Frage im ideologischen Getto erstarren, sind die Unternehmer längst dabei, vollendete Tatsachen zu schaffen und spielen bei den betrieblichen Verhandlungen, seien es Tarifverhandlungen oder auch Betriebsverhandlungen, die Arbeitnehmer der verschiedenen Länder gegeneinander aus . . .

So sehr der Zusammenschluß der europäischen Gewerkschaftsbewegung von Den Haag zu begrüßen ist, so hilft er uns in dieser Frage nur insoweit weiter, als ein Einfluß auf die dem IBFG angehörenden Gewerkschaften möglich ist. Wenn wir aber wirksam werden wollen, dann müssen wir mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, die auch eine Basis in den genannten Betrieben besitzen.

Dazu ein Beispiel. Die neue europäische Gewerkschaftsbewegung umfaßt 12½ Millionen Mitglieder. Das ist eine imposante Zahl. Aber wie sieht es wirklich aus, beispielsweise in Frankreich? Aus einer mir jüngst vorliegenden Untersuchung des französischen Arbeitsministeriums erhielt bei den letzten Betriebsratswahlen die CGT insgesamt 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen oder, eingegrenzt auf Arbeiter und Angestellte, 57,8 Prozent der Stimmen, in zahlreichen Großbetrieben bis zu 71,9 Prozent. Im Vergleich dazu erhielt die CFDT 19 Prozent der Stimmen, die Force Ouvrière, unsere Brudergewerkschaft, 8 Prozent. Das sind Tatsachen, Kolleginnen und Kollegen, an denen wir nicht vorbeisehen können, wenn wir den europäischen Zug nicht zu spät besteigen wollen.

Wir haben einfach zu respektieren, daß die Arbeiter in den betreffenden Ländern sich selbst für ihre Gewerkschaftsbewegung entscheiden, und wir können nicht danach fragen, wenn es darum geht, gemeinsame Dinge zu besprechen, ob diese Gewerkschaft ideologisch auf der gleichen Seite steht wie wir oder nicht. Die CGT beispielsweise hat mehr als 2 Millionen Mitglieder, die Force Ouvrière 500 000. Ein ähnliches Bild ergibt sich in Italien. Das Kuriosum an der Geschichte ist: Während wir durch Beschlüsse des IBFG an der Zusammenarbeit gehindert sind, ist es in Frankreich längst an der Tagesordnung, daß CGT, Force Ouvrière und CFDT gemeinsame Aktionen in ihrem Lande durchführen, um die Interessen ihrer Arbeiter zu vertreten. Nur uns soll das nicht möglich sein.

In einer Zeit, in der wir in Osteuropa mit handfesten Kommunisten reden, weil das gut ist zur Erhaltung des Friedens, wie auf diesem Kongreß festgestellt wurde —, ist es einfach an der Zeit, Hallstein-ähnliche Doktrinen in der Gewerkschaftsbewegung abzubauen."

Lehlbach: Eigenes Konzept vorbringen!

**Abrechnung mit Großer Koalition und konzertierter Aktion
Gewerkschaften müssen ihre Unabhängigkeit wahren**

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, hat auf dem 8. DGB-Kongreß eine vielbeachtete Rede gehalten, die wohl zu den aussagestärksten überhaupt gehört. Lehlbach setzte sich mit Praxis und Wirkung der Großen Koalition und mit der konzertierten Aktion auseinander und sagte u. a.:

„Nun, man braucht kein Prophet zu sein, um sagen zu können, daß die Idee der parlamentarischen Demokratie, die unserem Staat zugrunde liegt, eine weitere Legislaturperiode Große Koalition nicht aushält. Darüber hinaus hat die Große Koalition den Gewerkschaften mit sanftem Zwang und großem Loyalitätsanspruch Gefahren für ihre Selbständigkeit und Handlungsfreiheit beschert, die nicht ernst genug veranschlagt werden können. Ja, ich meine, die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht wie Herakles am Scheidewege: Sie kann den bequemen Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution und sie kann den schweren und dornenvolleren Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen. Eines sei hier jedenfalls gesagt: Wenn die Gewerkschaften ihre geschichtliche Aufgabe als humanitäre, soziale Bewegung weiterführen wollen, dann werden sie in Unabhängigkeit gegenüber allen wirtschaftlichen und sozialen Mächten denken und arbeiten müssen. Es wird dann für sie darauf ankommen, daß sie überall dort, wo arbeitende Menschen von sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Fremdbestimmung bedroht werden, als aktive Widerstandsorganisation auftreten.

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn sich die Gewerkschaftsbewegung selbst treu bleiben will, dann muß sie diese Prinzipien auch in die Tagesarbeit hineinnehmen. Wir können uns dabei auf nichts als die Kraft unserer Solidarität verlassen, und es wäre töricht zu meinen, es wäre möglich, sich mit dem etablierten Unrecht auf die Dauer zu arrangieren. Das geht nur auf Kosten unserer Glaubwürdigkeit; denn wir müssen das Erstgeburtsrecht unseres Arbeitnehmerinteresses für das Linsengericht der Teilnahme am Machtkartell, das sich letztlich doch wieder gegen die Abhängigen und gegen die Schwachen richtet, eintauschen . . .

Da werden von der Großen Koalition die Gewerkschaften unter dem Zwang der konzertierten Aktion genommen. Bisher hat die konzertierte Aktion weder ihren Namen noch den Lärm um sie herum gerechtfertigt. Es bleibt festzustellen, daß nach den eigenen Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die pro Kopf verfügbaren Middleinkommen der Unternehmer trotz konzertierter Aktion mindestens doppelt so stark gestiegen sind wie die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer. Von einer Umverteilung der seit der Währungsreform den Unternehmern zugewachsenen Vermögen ist keine Rede mehr.

Ich bin trotzdem nicht der Auffassung, daß die konzertierte Aktion aufgehoben werden soll. Sie kann Ansatzpunkt für eine echte Mitbestimmung sein, wenn ihre Prämissen und ihre Spielregeln geändert werden. Es ist nicht nur ein Unding, in der konzertierten Aktion Daten und Zahlen serviert zu bekommen, an deren Erweiterung die Gewerkschaften nicht beteiligt sind. Die derzeitigen Spielregeln der konzertierten Aktion sind auch von vornherein institutionell gegen die Interessen der Lohnabhängigen gerichtet, weil die beteiligten Unternehmer und Wissenschaftler wohl die exakten Lohn- und Gehaltssummen kennen, den Gewerkschaften die genauen Spannen der Verkaufspreise und die genaue Profitmasse der Unternehmer verborgen bleiben.

Wir haben die Pflicht zu fordern, daß die Unternehmer Preisgestaltung, Produktivitätssteigerung und tatsächliche Gewinne ebenso offenlegen wie die Arbeitnehmer ihre Verhältnisse.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, daß die Gewerkschaften in der konzertierten Aktion ihr eigenes wirtschafts- und lohnpolitisches Konzept ins Spiel bringen und dieses alternativ den vorgelegten Zahlen entgegenstellen. Die Gewerkschaften müssen als autonome Interessenvertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten trotz konzertierter Aktion selbständig handeln. Sie dürfen der Lockung der Großen Koalition auf Gleichklang und Gleichschaltung der Meinungen nicht erliegen und nicht aus falsch verstandener Loyalität den Standpunkt der Arbeitnehmerinteressen verlassen, um sich in das Dickicht eines irgendwie gearteten Gemeinwohls zu begeben, von dem der große Rechtsphilosoph Radbruch gemeint hat, es sei die größte Lebenslüge unserer Zeit. Als autonome Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten muß die deutsche Gewerkschaftsbewegung unabhängig von allen politischen Parteien und vom Staate ihren Weg gehen, hin zu unseren großen Zielen: Gerechtigkeit, Sicherheit und Menschenwürde für alle, die in Abhängigkeit arbeiten müssen."

Für mehr lohnpolitische Aktivität

Die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften bildete auf dem 8. DGB-Kongress einen der wichtigsten Diskussionspunkte. Angesichts der tarifpolitischen Behinderung durch die konzertierte Aktion geriet diese immer wieder in das Schußfeld der berechtigten Kritik. Nachstehende Auszüge aus einem Rechenschaftsbericht (Neemann) und aus Diskussionsbeiträgen stehen für viele ähnliche kritische Stimmen:

Georg Neemann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes: „Wir forderten eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts. Es ist eine ungleichgewichtige Einkommensentwicklung eingetreten, die in den nächsten Jahren mit Vorrang korrigiert werden muß. Nur im Rahmen einer umfassenden Behandlung der Subventions- und Steuerpolitik, der Sozial-, Preis- und Wettbewerbspolitik ist auch eine einkommenspolitische Orientierung aller Gruppen möglich. Eine solche Offenlegung und Abstimmung der einkommenspolitischen Ziele hat es aber bis heute in der Bundesrepublik nicht gegeben. Darüber hinaus liegen die für eine solche Abstimmung notwendigen statistischen Daten in vielen Fällen immer noch nicht vor.“

Tatsache ist, daß nach den uns vorliegenden Statistiken die Nettoeinkommen je Unternehmer von der Spitze der letzten Hochkonjunktur 1965 bis heute — 1969 —, also unter Einschluß aller Krisenverluste, um gut ein Drittel stärker gestiegen sind als die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer. Allein 1968 war die Nettogewinnentwicklung rund fünfmal so groß wie die gleichzeitige Nettolohnsteigerung. Unsere Schlußfolgerung daraus kann nur lauten: Die Aufgabe einer gerechten Einkommensverteilung muß in der vor uns liegenden Periode vorrangig angefaßt werden.“

Georg Wilm, IG Metall: „Die konzertierte Aktion ist doch ein eigenartiges Konzert. Da spielen die Arbeitgeber die erste Geige, sie hauen auf die Pauke und machen dabei das große Geld. Und wir halten die Noten und können allenfalls ein wenig Kleingeld sammeln. Wir sollten uns reiflich überlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ob wir weiter in diesem Konzert mitspielen. Wir können nur dann weiter mitspielen, wenn das verwirklicht wird, was die soziale Symmetrie genannt wird ...

Mit unserer aktiven Lohnpolitik haben wir eine wirksame Waffe. Wir dürfen diese Waffe nicht nur hier in den verbindlichen Beschlüssen vorzeigen, sondern müssen sie auch im Alltag überall dort anwenden, wo Gelegenheit gegeben ist. Nicht die Orientierungshilfe von 5 bis 6 Prozent muß auf dem Wechsel stehen, den wir jetzt zu präsentieren haben, sondern es muß viel, viel mehr darauf stehen. Zur Durchsetzung unserer Forderungen in der aktiven Lohnpolitik müssen wir, wenn notwendig, auch unsere schärfste Waffe anwenden: den Arbeitskampf.“

Günter Tolusch, IG Metall, Betriebsratsvorsitzender der Fordwerke: „Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind bereits einige Ausführungen zur konzertierte Aktion gemacht worden. Man kann von positiven Auswirkungen, man kann allerdings auch von Mißerfolgen sprechen. Das kommt ganz auf den Standpunkt an. Wenn ich darüber mit meiner Mutter rede, die Rentnerin ist, so glaubt sie nicht so ganz an Erfolge, denn sie muß ja nun mehr bezahlen. Wenn ich als Unternehmer und Manager reden würde, könnte ich gewiß von ausgezeichneten Erfolgen sprechen, denn die Ergebnisse sind ja nicht kleiner, sondern um ein Vielfaches größer geworden ...

Wir sind in gewissen Loyalitätszwängen. Unsere Handlungsfreiheit ist sehr stark beeinträchtigt. Ich glaube, es ist an der Zeit, unsere Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Die zukünftige Beteiligung der Gewerkschaften an der

konzertierte Aktion muß von Mindestforderungen abhängig gemacht werden. Wenn schon Orientierungsdaten, dann auch für Preise und Gewinne ...

Nur unsere Entschlossenheit, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Mehrheit gegen die Minderheitsprivilegien und überkommenen Strukturen durchzusetzen, kann uns unserem Ziele näherbringen. Ich spreche mit den Worten des Kollegen Tacke, der sagte: Nicht anpassen — verändern. Oder die Frage anders gestellt: Hammer oder Amboß sein. Ich bin für Hammer.“

Fritz Libuda, IG Chemie-Papier-Keramik: „Wir bekräftigen zwar bei jeder Gelegenheit, daß wir die Tarifautonomie verteidigen werden, halten uns aber dennoch weitgehend an die vorgegebenen Lohnleitlinien und akzeptieren die konzertierte Aktion ... Wir wissen doch alle, daß die Geschäftsergebnisse und Gewinne die Ziellinie bereits passiert haben, während sich Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten immer noch in den Startlöchern befinden. Nur sollten wir diesen Zustand nicht länger bedauern, sondern Überlegungen anstellen, wie man dies ändern kann. Wir sollten, meine ich, a) ernsthaft prüfen, ob es noch Sinn hat, hier mitzumachen, und b) uns auch selbstkritisch fragen, ob wir denn alles getan haben, um mit unseren Mitteln unseren Anteil zu sichern.“

Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich sagen, Satzungsänderungen und Reformen nützen uns nur wenig, wenn nicht zugleich die Gewerkschaftspolitik konsequenter, unabhängiger und kämpferischer wird — konsequenter und unabhängiger auch gegenüber den politischen Parteien. Wir müssen uns ja in unseren Vertrauensleuten und Mitgliederversammlungen oft genug anhören, daß die Zurückhaltung, die der DGB in bestimmten Fragen übt, mit Rücksicht auf die Große Koalition geschieht. Ich weiß, daß ich hier vielleicht einige Tabus anspreche, aber ich meine, wir sollten doch völlig offen diese Dinge hier diskutieren ...“

Beschlüsse des 8. ordentlichen DGB-Kongresses in München im Wortlaut

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit in der EWG — (39)

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, zu prüfen, ob auf der europäischen Gewerkschaftsebene zur Lösung der alle Arbeitnehmer betreffenden Probleme im Bereich der EWG eine Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften des IBFG und anderen, nicht dem IBFG angehörenden Gewerkschaften möglich ist.

schaften bedauern, daß die Organe der EWG es bisher nicht für notwendig befunden haben, die Arbeitnehmer in ausreichendem Maße an den vorbereitenden Arbeiten in allen Industriebereichen regelmäßig zu beteiligen. Deshalb erscheint jetzt eine engere Zusammenarbeit aller Gewerkschaften im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erforderlich.

Begründung: Der Wunsch nach einem wirtschaftlich und politisch vereinten Europa sowie nach sozialer Harmonisierung der Arbeitsbedingungen berührt alle Arbeitnehmer, unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Einstellung und gewerkschaftlichen Organisation. Die Gewerk-

Vorgänge in Spanien — (47)

Der 8. ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes protestiert mit Entschiedenheit gegen alle Terrormaßnahmen des Franco-Regimes. Ständig versucht

dieses Regime, jeden Drang nach Freiheit mit den Mitteln eines Polizeistaates im Keime zu ersticken. Neben den Studenten sind es im besonderen die spanischen Arbeiter, die dem Polizeiterror ausgesetzt sind. Der 8. ordentliche Bundeskongreß fordert für die spanischen Arbeitnehmer das uneingeschränkte Recht, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Einmischung des Staates regeln zu können.

Den Plänen der spanischen Arbeitnehmerschaft, freigewählte Arbeitnehmervertretungen in Spanien zu errichten, gehört die volle Sympathie der deutschen Gewerkschaften. Der Bundesvorstand des DGB wird beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, die dazu beitragen, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Der 8. ordentliche Bundeskongreß fordert ferner die Bundesregierung auf, im Rahmen der Institutionen der EWG dafür zu sorgen, daß jegliche Zusammenarbeit mit dem Franco-Regime unterbunden wird, solange es in Spanien keine Meinungs- und Koalitionsfreiheit und kein Recht auf demokratische und freiheitliche Selbstbestimmung gibt.



In einem ausführlichen Beschluß (46) verurteilt der DGB-Bundeskongreß auch die terroristischen Praktiken der faschistischen Militärdiktatur in Griechenland. Regierung und Parteien in der Bundesrepublik werden aufgefordert, in internationalen Organisationen gegen die Diktatur in Griechenland Stellung zu nehmen und alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Wiederherstellung der Demokratie gerichtet sind. Die Bundesregierung soll die Wirtschafts-, Finanz- und Waffenhilfe für das Athener Regime einstellen und die Tätigkeit terroristischer griechischer Organisationen in der Bundesrepublik unterbinden.

Achtung der Massenvernichtungswaffen — (56)

Der 8. ordentliche Bundeskongreß fordert im Interesse der Entspannung und des Friedens in der Welt eine Abrüstung und Achtung aller Massenvernichtungswaffen atomarer, bakteriologischer und chemischer Art. Die Gefahr einer atomaren Zerstörung kann nur gebannt werden, wenn durch eine allgemeine international kontrollierte Abrüstung alle Kern- und Atomwaffen verboten und vernichtet werden.

Der Bundeskongreß appelliert daher an die Bundesregierung, an ihrer Auffassung festzuhalten, daß die Bundeswehr mit Kern- und atomaren Waffen nicht ausgerüstet wird. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, ihr Einverständnis zum Atomwaffensperrvertrag zu erklären.

Sicherung der Demokratie — (75)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften distanzieren sich von allen radikalen Parteien und Gruppierungen, die Ziele verfolgen oder ihre Vorstellungen in Formen durchzusetzen versuchen, die unserer verfassungsmäßigen Ordnung widersprechen. Wer sich an das Grundgesetz nicht gebunden fühlt, verwirkt auch die im Grundgesetz jedem Bürger garantierten Grundrechte, d. h., wer die Freiheit mißbraucht, um sie zu vernichten, hat keinen Anspruch auf das, was er vernichten will.

Die linksextremistischen Gruppierungen und die rechtsradikalen Parteien, insbesondere die Nationaldemokratische Partei (NPD), stellen den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Frage. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie.

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des DGB stellt fest, daß der Rechtsradikalismus, der sich verschiedene Strömungen zunutze macht, die Menschenrechte und Freiheitsrechte des einzelnen mißachtet und die demokratischen Lebensformen verhöhnt. Er manifestiert sich in der rechtsextremen NPD, deren Vorläufer, der Nationalsozialismus, die faschistische Form eines übersteigerten Nationalismus vor. Der nationalsozialistische Unrechtsstaat aber stellte die bisher militanteste Form des deutschen Rechtsradikalismus dar.

Der Linksradikalismus wird weitgehend von der Lehre des revolutionären Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung bestimmt. Er lehnt eine wirkliche parlamentarische

Demokratie ab. Dazu bedient er sich verschiedener taktischer Methoden. Zur Erledigung dieses Zieles dienen ihm Hilis- und Tarnorganisationen. Dazu gehören auch die anarchistischen Gruppierungen und deren geistige Zentren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften werden auch in Zukunft die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft gegen jeden Angriff verteidigen. Der DGB wird alle Bemühungen unterstützen, die geeignet sind, die Freiheit aller zu erhalten. Er unterstreicht seine konzessionslose Ablehnung aller Formen der Diktatur, wo immer sie auftreten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist davon überzeugt, daß den radikalen Kräften auf die Dauer nur durch eine unzweideutige entschlossene und fortschrittliche Politik all derer begegnet werden kann, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen. Der DGB bemüht sich darum, unsere Demokratie glaubwürdiger, sozialer, humaner und vor allem freiheitlicher zu gestalten. Der DGB ist überzeugt davon, daß nur eine solche Demokratie auf die Dauer die Chance hat, sich gegenüber antidemokratischen Kräften zu behaupten und die freiheitliche Grundordnung für uns alle zu bewahren.

(Siehe dazu: „Keine Gleichsetzung von rechts und links!“ auf Seite 10.)

Keine Verjährungsfrist für Mord und Völkermord — (94)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund soll auf den Gesetzgeber dahingehend einwirken, daß NS-Verbrechen, Mord und Völkermord einer Verjährungsfrist nicht unterliegen. Der DGB soll die entsprechenden Initiativen des Bundesjustizministers unterstützen.

Begründung: Den Justiz-Behörden ist es nicht möglich, bis Ende 1969 alle unter dem NS-Regime verübten Mordtaten aufzuklären. Der Eintritt einer Verjährungsfrist für Mord und Völkermord findet bei der deutschen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit kein Verständnis. Zudem berät z. Z. die UNO über eine Konvention, die eine Verjährung für derartige Strafen ausschließt. Die Gesetzgebung der Bundesrepublik stünde damit im Gegensatz zu einem solchen Beschluß. Das müßte unweigerlich zu der Forderung führen, zur Ermittlung und Verfolgung bereits verjährter Verbrechen die deutschen Strafgesetze erneut zu ändern.

Wahlrecht — (97)

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode Schritte zu unternehmen, um das aktive Wahlrecht von bisher 21 auf 18 Jahre und das passive Wahlrecht von bisher 25 Jahre auf 21 Jahre zu senken.

Begründung: Es ist schlechthin unzumutbar, den Jugendlichen mit 18 Jahren zur Bundeswehr einzuziehen, ihn aber von der Wahl zu unseren Parlamenten auszuschließen, deren Politik letztlich auch sein Schicksal als Soldat entscheidet. Die Herabsetzung des Wahlalters würde erhebliche Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit haben. Ein Mangel der bisherigen politischen Bildung war sicherlich, daß die Jugendlichen zu einer Zeit, da sie von den Maßnahmen erfaßt wurden, nicht wahlberechtigt waren. Das Interesse der Jugendlichen an Maßnahmen der politischen Bildung würde sicherlich erhöht, wenn sie in der Lage wären, die darin gewonnenen Erkenntnisse unmittelbar in die Praxis umzusetzen. Im übrigen würde der an sich berechtigte Protest der Jugend in aktive Mitgestaltung und demokratische Mitarbeit umgewandelt werden. Eine festere Verankerung des demokratischen Gedankens bei der Jugend wäre eine positive Folge.

Verwirklichung einer demokratischen Bildungsreform — (J 16)

1. Die Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen und einer Demokratisierung des Bildungswesens gehört zu den Grundforderungen des Deutschen Gewerkschafts-

bundes. Bildungsgerechtigkeit ist ohne eine Reform der überholten Strukturen des Bildungswesens nicht zu erreichen.

Die bisher in Gesetzentwürfen formulierten Ansätze zur Reform unseres Bildungswesens werden von den „bildungspolitischen Praktikern“ als einzig realistischer Schritt vorwärts, von den „Bildungstheoretikern“ als völlig unzureichendes Vorgehen in zu kleinen, wirkungslosen Schritten interpretiert. Deshalb entwickelt sich eine Entfremdung zwischen Schulpolitikern und den auf eine grundsätzliche und umfassende Neuordnung des Bildungswesens drängenden Gruppen.

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher Parlamente und Kultusministerien auf, eine verbindliche bildungspolitische Planung für die nächsten Jahrzehnte vorzulegen, innerhalb derer die aktuellen gesetzlichen Maßnahmen als befristete Übergangslösungen erkannt werden können. Für eine Bildungsreform, die den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft und den Notwendigkeiten des technischen Fortschritts angemessen ist, gelten folgende grundsätzliche Forderungen:

1. Die Gesamtstruktur eines künftigen demokratischen Schulsystems gliedert sich in Gesamtschule und Gesamthochschule. In dieser Gesamtstruktur sind folgende Prinzipien zu beachten:

- a) Integration
- b) Differenzierung
- c) demokratische Struktur
- d) demokratische Lern- und Lehrprozesse.

a) *Integration*

beinhaltet die gleichwertige Einbeziehung und Durchlässigkeit der verschiedenen Bildungswege auf allen Ebenen des Bildungswesens.

b) *Differenzierung*

bedeutet das Angebot vielfältiger individuell angepaßter Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die die Menschen in den Stand setzen, sowohl ihre berufliche wie auch ihre politische Existenz in einer demokratischen Industriegesellschaft zu sichern.

c) *Demokratisierung der Bildungsorganisation*

bedeutet institutionelle Garantie der Selbstbestimmung (Selbstverwaltung) bzw. Mitbestimmung der Lernenden und Lehrenden in allen Bereichen des Bildungssystems.

d) *Demokratisierung der Lern- und Lehrprozesse*

bedeutet die Abschaffung autoritärer Lehrmethoden und der autoritären Festsetzung von Studienzeiten, Lehrplänen und Berufsbildern.

2. Die Gesamtschule umfaßt in der Regel 12 Bildungsjahre, darunter mindestens 10 Jahre Vollzeitschulpflicht. In die Gesamtschule soll die Sekundarschuloberstufe integriert werden, wobei die Trennung zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Schulwesen aufgehoben wird.

Die Gesamtschuloberstufe sollte die Studienreife oder eine erste berufliche Qualifikation oder beides vermitteln. In dieser Gesamtschule muß das bisherige Ausleseprinzip, das die Ungleichheit der Bildungschancen verewigt, durch ein umfassendes Förderungsprinzip ersetzt werden.

3. In der Gesamthochschule müssen die wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen integriert werden. Die Studierenden müssen die Möglichkeit haben, innerhalb der Gesamthochschule zu verschiedenen Zeiten anerkannte berufsqualifizierende Abschlüsse zu erwerben, ohne dabei von vornherein festgelegt zu werden. Das Recht zum Anschluß- und Weiterstudium ohne Zeitverlust muß dabei garantiert werden.

Der Übergang von der Gesamtschule zur Gesamthochschule darf nicht durch mangelnde Ausweitung der Kapazitäten und Aufnahmeprüfungen erschwert werden.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend ergeben sich folgende Fachhochschulen:

1. Die in den Gesamthochschulbereich zu integrierenden Fachhochschulen müssen wie alle anderen Hochschulen Körperschaften öffentlichen Rechtes sein.
2. Diese Fachhochschulen müssen das Recht zu einem wissenschaftlichen Studium nach den Grundsätzen der Freiheit von Forschung und Lehre erhalten.
3. Die Demokratisierung der Studienordnung in diesen Fachhochschulen erfordert ein Aufgeben der in den Ingenieurschulen immer noch üblichen von außen festgelegten starren Schulordnungen und Lehrpläne. Insbesondere ist auch eine Ausweitung der Ausbildung auf sozialökonomische Zusammenhänge zu fordern.
4. Für die Demokratisierung der Fachhochschulverfassung gelten die vom DGB vertretenen Forderungen nach einer qualifizierten Mitbestimmung sinngemäß. Darüber hinaus gilt das Prinzip der studentischen Selbstverwaltung wie an Universitäten.
5. Fachhochschulgesetze sind abzulehnen, wenn sie diesen Grundsätzen nicht entsprechen.

Bildungsurlaub — (133)

Der Bundeskongreß beauftragt den DGB-Bundesvorstand, sich noch stärker als bisher um einen bezahlten Bildungsurlaub im Sinne der Grundsätze von 1966 zu bemühen.

Vom Deutschen Bundestag erwartet der Bundeskongreß, daß im Parlament der Entwurf der SPD-Bundestagfraktion unter Berücksichtigung der DGB-Grundsätze unverzüglich beraten und noch in dieser Legislaturperiode positiv entschieden wird.

Alterssicherung — (215)

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des DGB stellt fest, daß die wirtschaftliche und soziale Sicherung der alten Menschen zu den vorrangigen sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben in der Bundesrepublik gehört. Das geltende Rentenrecht reicht nicht aus, um allen alten Menschen ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Der Kongreß erinnert an die Beschlüsse früherer Kongresse und wiederholt insbesondere folgende Forderungen:

1. Die Altersrente hat nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des Arbeitsverdienstes zu betragen.
2. Die Altersrenten sind jährlich automatisch der Brutto-lohn- und -gehaltsentwicklung anzupassen.
3. Die Altersgrenze ist auf 60 Jahre herabzusetzen; es soll zunächst die Möglichkeit geschaffen werden, von dieser Altersgrenze ab bis zum vollendeten 65. Lebensjahr zwischen Beschäftigung und Altersrente frei wählen zu können. Ab dem 65. Lebensjahr ist jedoch Altersruhegeld ohne Rücksicht darauf zu gewähren, ob eine Beschäftigung ausgeübt wird oder nicht.
4. Die Finanzierung der Rentenversicherung muß verstärkt über einen gesonderten Beitrag des Staates vorgenommen werden. Dieser hat ein Drittel der Gesamtausgaben zu decken.
5. Die Versicherung der Handwerker in der Rentenversicherung der Arbeiter muß ausgeliebert werden, weil es nicht vertretbar ist, daß Arbeitnehmer die Renten an Handwerker mit zu finanzieren haben. Aus diesem Grunde wird auch eine Öffnung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten für selbständige Personengruppen entschieden abgelehnt. Gegen eine organisatorische und finanziell getrennte Rentenversicherung der Selbständigen bestehen dagegen keine Bedenken.

Rentner-Krankenkassenbeitrag / Erhöhung der Rezeptgebühr — (228)

Der 8. ordentliche Bundeskongreß möge beschließen: Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber dafür einzusetzen, daß der durch das Finanzänderungsgesetz 1967 eingeführte zweiprozentige Rentnerkrankenkassenbeitrag sowie die Erhöhung der Rezeptgebühren wieder rückgängig gemacht werden.

Karenzurlaub für Mütter — (234)

Der Bundesvorstand des DGB wird beauftragt, den Gesetzgeber zu veranlassen, die Mutterschutzbestimmungen und dazugehörige Rechtsverordnungen dahingehend zu ergänzen, daß Frauen nach Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung einen 18monatigen Karenzurlaub in Anspruch nehmen können. Ihnen ist während dieser Zeit aus öffentlichen Mitteln ein angemessenes Entgelt als Ausgleich für entgangenen Verdienst zu zahlen. Außerdem sind diese Frauen sozialversicherungsrechtlich so zu stellen, als wären sie versicherungspflichtig tätig. Bei Aufnahme dieser ergänzenden Vorschrift ist der § 10 MuSchG entsprechend zu ändern.

Begründung: Nach Aussagen von Ärzten und anderen Fachleuten bedarf das Kleinkind besonders in den ersten Monaten seines Lebens einer ständigen Bezugsperson. Das ist in erster Linie die Mutter. Darüber hinaus wachsen den Müttern erzieherische Aufgaben zu, die sie nicht nur um ihrer selbst und ihrer Kinder willen, sondern auch im dringenden Interesse der gesamten Gesellschaft zu leisten haben. Zu deren Erfüllung beizutragen, ist die Gesellschaft durch finanzielle Unterstützung verpflichtet.

Deshalb halten wir die Zahlung eines Entgelts während des Karenzurlaubs für unerlässlich. Es soll dazu dienen, den erwerbstätigen Müttern das Zuhausebleiben zu erleichtern und ihnen bei ihren wichtigen Erziehungsaufgaben zu helfen.

Automation und technischer Fortschritt — (254)

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes bekräftigt die Entschliebung des 7. ordentlichen Bundeskongresses über Automation und technischen Fortschritt. Die damals ausgesprochenen Warnungen fanden während der Rezession ihre bittere Bestätigung für die Arbeitnehmer. In dieser Zeit wurde in ungewöhnlichem Ausmaß und unter sozial unzumutbaren Bedingungen rationalisiert. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1968 war die Industrieproduktion um 6,9 v. H. höher als zur gleichen Zeit des Jahres 1966, obwohl die Zahl der Beschäftigten um 6,6 v. H. (— 560 000) niedriger war.

Aus den negativen Erfahrungen des Wirtschaftsrückschlages zogen Regierung und Arbeitgeber keine ausreichenden Konsequenzen. Bisher wurde nur ein Teil der 1965 von uns aufgestellten Forderungen erfüllt. Diese auf einigen Gebieten allerdings wichtigen Teilerfolge waren das Ergebnis gewerkschaftlicher Aktivität.

Es gibt noch immer erst Ansätze für eine funktionsgerechte Strukturpolitik. Die Mittel für Wirtschaftsförderung und Strukturverbesserung werden oft nicht an jener Stelle eingesetzt, an der sie volkswirtschaftlich den größten Nutzen bringen könnten. Es werden insbesondere bei Neuansiedlungen viele Betriebe gefördert, die nur geringe Zukunftschancen haben oder als Zweigbetrieb keine Gewähr für dauerhafte Arbeitsplätze bieten können. Ohne grundlegende Reform aller Stufen des Schul- und Ausbildungswesens können die Risiken der modernen Technik nicht gemeistert werden. Die deutschen Gewerkschaften fordern seit Jahren eine völlig veränderte Berufsausbildung und die Errichtung eines eigenständigen, betriebsunabhängigen Systems für die berufliche Bildung der Erwachsenen. Dennoch wurden bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Erwachsenen werden noch immer unverhältnismäßig lange Umschulungszeiten zugemutet. Außerdem erfolgt die Ausbildung oft in Berufen ohne Zukunft.

Der Bildungsurlaub ist ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der Automation. Solange kein gesetzlicher Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub besteht, sind tarifver-

tragliche Regelungen anzustreben. Ohne umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten können die Arbeitnehmer dem schnellen Wandel von Technik und Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für den Bau und die Unterhaltung von besonderen Aus- und Weiterbildungszentren für Erwachsene die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Der Bildungsurlaub ist ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der Automation. Solange kein gesetzlicher Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub besteht, sind tarifvertragliche Regelungen anzustreben. Ohne umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten können die Arbeitnehmer dem schnellen Wandel von Technik und Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für den Bau und die Unterhaltung von besonderen Aus- und Weiterbildungszentren für Erwachsene die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Der Bundeskongreß begrüßt, daß es vielen Gewerkschaften gelungen ist, Rationalisierungsschutzabkommen als ersten Schritt auf dem Weg zur Sicherung des sozialen Besitzstandes abzuschließen. Um die Arbeiter und Angestellten vor den negativen Auswirkungen des technischen Fortschritts noch besser zu schützen, bedarf es allerdings weitergehender tariflicher Absicherung.

Der Bundeskongreß nimmt zur Kenntnis, daß die Bundesregierung nach langem Zögern einen Arbeitskreis für Automation und technischen Fortschritt gebildet hat. Darin sollen Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zusammen mit Wissenschaftlern versuchen, die Voraussetzungen und Instrumente für eine automationsgerechte Wachstums- und Strukturpolitik zu erarbeiten. Trotz einer erfreulichen Kooperation der Arbeitgeber fehlen diesem Ausschuß noch immer der institutionelle Rahmen und ausreichende finanzielle Mittel, die einen schnellen und erfolgreichen Abschluß der Arbeiten garantieren können. Der Bundeskongreß fordert daher von Bundesregierung und Bundestag die Bildung einer unabhängigen Kommission für technischen und strukturellen Wandel auf gesetzlicher Grundlage.

Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes — (289)

Der 8. ordentliche Bundeskongreß erwartet vom Gesetzgeber die baldige Neuordnung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Personalvertretungsgesetze gemäß den vom Deutschen Gewerkschaftsbund erarbeiteten und den Fraktionen des Deutschen Bundestages bereits zugeleiteten Entwürfen.

Die Änderungsvorschläge sehen eine gleichberechtigte Mitbestimmung der betrieblichen Vertretungen bei der Entscheidung sozialer und personeller Angelegenheiten sowie eine wirksame Verbesserung der unzureichenden Beteiligungsrechte im wirtschaftlichen Bereich vor. Sie wollen außerdem die Geschäftsführungsbestimmungen so gestalten, daß Betriebs- und Personalräte die vorgesehenen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen können. Es soll sichergestellt werden, daß Betriebs- und Personalräte im Interesse der Arbeitnehmer bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mehr als bisher mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten können. Die Stellung und Rechte der Jugendvertretung sind ebenfalls zu stärken. Den Bestrebungen nach einem überspitzten Minderheitenschutz ist weiterhin entschieden entgegenzutreten, da sie die Geschlossenheit und damit die Kraft der Betriebsräte gefährden.

Eine fortschrittlich gestaltete betriebliche Mitbestimmung muß neben die geforderte paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in den Unternehmensorganen treten. Nur dadurch kann eine ausreichende Beteiligung der Arbeitnehmer in den sie berührenden Angelegenheiten auf allen Unternehmensstufen gewährleistet werden.

Vermögensbildung — (332)

Der DGB-Bundesvorstand und -Bundesausschuß werden beauftragt, konkrete Vorstellungen zu den vorhandenen Plänen über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu entwickeln und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Diese Vorschläge müssen Wege aufzeigen, wie die Arbeitnehmer endlich den ihnen zustehenden Anteil am Vermögenszuwachs erhalten.

Begründung: Der gegenwärtige Stand der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Skandal, der nicht weiter hingenommen werden kann. Seit Jahren diskutiert man über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, ohne entscheidende Änderungen weder gesetzlich noch tariflich zu treffen. Die Gewerkschaften müssen aus dem Stadium der Diskussionen herauskommen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten und durchsetzen.

Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung — (350)

Die qualifizierte Mitbestimmung soll über den bisherigen DGB-Katalog hinaus auch in den als Personen-Gesellschaften geführten Unternehmen eingeführt werden, wenn zwei oder drei der vom DGB genannten Kriterien als Voraussetzung für die Einführung der Mitbestimmung vorhanden sind. In die Vorstände dieser Großunternehmen sind Arbeitsdirektoren mit der gleichen Rechtsstellung wie die anderen Vorstandsmitglieder zu berufen.

Begründung: Die Ausklammerung der im Antrag genannten Unternehmensformen würde einen gesellschaftspolitischen Rückschritt bedeuten; denn wenn durch Mitbestimmung Machtmißbrauch im wirtschaftlichen und politischen Raum verhindert werden soll, so ist die Gefahr der Machtkonzentration in Personen-Gesellschaften mindestens ebenso hoch wie in Kapital-Gesellschaften. Diese Ausklammerung fördert unter Umständen Manipulationen bei Kapitalgesellschaften, um der Mitbestimmung zu entgehen.

Verbesserung des Mitbestimmungsrechts — (356)

Der Bundesvorstand wird beauftragt, für eine Verbesserung des Mitbestimmungsrechts auf betrieblicher Ebene stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wie sie für die Montanindustrie Geltung hat, in allen Großunternehmen und Großkonzernen verwirklicht wird.

Begründung: Die wichtigsten Entscheidungen in den Unternehmen, welche die Interessen der Arbeitnehmer betreffen, werden in den Vorständen und Aufsichtsräten getroffen. In der Montanindustrie haben die Arbeitnehmer durch die qualifizierte Mitbestimmung ein echtes Mitentscheidungsrecht in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen.

In der übrigen Wirtschaft außerhalb der Montanindustrie gibt es für die Arbeitnehmer keine qualifizierte Mitbestimmung. Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz sind nicht ausreichend und völlig unzulänglich; sie bieten den Arbeitnehmern keine Möglichkeit zu einer echten Mitentscheidung.

Gegen Machtmißbrauch / für Gemeineigentum — (370)

Der 8. ordentliche Bundeskongress beauftragt den DGB-Bundesvorstand, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß jegliche Marktbeherrschung für unzulässig erklärt wird. Den betreffenden Unternehmen ist mit Fristsetzung die Beseitigung der Marktbeherrschung zur Auflage zu machen. Bei Nichteinhaltung der Auflagen oder bei Erlangung neuerlicher Marktbeherrschung ist das Unternehmen gemäß Art. 15 GG in Gemeineigentum zu überführen."

Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder — (J 6)

1. Die im DGB-Gesetzentwurf zur Änderung des Aktiengesetzes vom 6. 9. 1965 vorgesehene Begrenzung der Höhe der Aufsichtsratsvergütung wird für alle Arbeitnehmervertreter von DGB-Gewerkschaften im Aufsichtsrat, ohne eine entsprechende gesetzliche Regelung abzuwarten, erstmals für das nach dem 31. 12. 1969 beginnende Geschäftsjahr verbindlich wirksam.

2. Der Beschluß des 6. ordentlichen Bundeskongresses des DGB von 1962 über die Tantiemenregelung wird wie folgt geändert:

Es sind abzuführen

bei Vergütungen bis zu DM 3000,— 20% des Nettobetrages = 12% des Bruttobetrages,

bei Vergütungen über DM 3000,— bis zu DM 6000,— 30% des Nettobetrages = 15% des Bruttobetrages.

Die abzuführenden Beträge sind der Stiftung Mitbestimmung oder ähnlichen Einrichtungen zu überweisen, deren Unterstützungswürdigkeit im Einzelfalle von den Gewerkschaftsvorständen zu prüfen ist.

3. Bei Vergütungen über DM 6000,— für das einzelne Aufsichtsratsmitglied bzw. DM 9000,— für den stellvertretenden Vorsitzenden und DM 12 000,— für den Vorsitzenden des Aufsichtsrates sind alle weiteren Beträge restlos an die Stiftung Mitbestimmung abzuführen.

4. Die abzuführenden Beträge errechnen sich nach Abzug der Einkommen- und Mehrwertsteuer, wobei die Beträge an die Stiftung Mitbestimmung selbst als Betriebsausgaben abgesetzt werden können, wenn für das Gewerkschaftsmitglied eine vereinsrechtliche Verpflichtung dazu besteht, d. h. wenn der Betreffende vor seiner Wahl als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat eine solche Verpflichtung eingegangen ist, um als Kandidat aufgestellt zu werden.

Entschliebung zur Jugendpolitik — (437)

Auch in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode haben Bundestag und Bundesregierung elementare Interessen der arbeitenden Jugend vernachlässigt:

- Noch immer gibt es kein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz,
- noch immer gibt es Bildungsnotstand und Bildungsprivileg reichend novelliert,
- noch immer gibt es Bildungsnotstand und Bildungsprivilegien,
- noch immer fehlt ein einheitliches Ausbildungsförderungsgesetz,
- noch immer gibt es keinen Bildungsurlaub,
- noch immer haben die meisten Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren kein Wahlrecht,
- noch immer ist die rechtliche Position der Jugendvertreter nach dem Betriebsverfassungsgesetz und den Personalvertretungsgesetzen absolut unbefriedigend geregelt,
- noch immer wurde die Wehrdienstzeit nicht verkürzt.

Dieser Katalog der Versäumnisse, der sich noch erweitern ließe, muß von der politisch engagierten Jugend als symptomatisch für die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesem Staat betrachtet werden. Sie reagiert darauf mit wachsender Unruhe.

Die Delegierten des 8. ordentlichen DGB-Bundeskongresses fordern die verantwortlichen Politiker auf, dieser Situation nicht mit administrativen Maßnahmen, sondern mit entschiedenen Reformen und entsprechenden gesetzlichen Initiativen zu begegnen, die den berechtigten Forderungen der Jugend entsprechen.

Die arbeitende Jugend wird aufgefordert, sich mit den aufgeführten Tatsachen kritisch auseinanderzusetzen; Ursachen und Auswirkungen zu diskutieren und geeignete Maßnahmen vorzubereiten, mit denen die berechtigten Forderungen der Jugend gegenüber Staat und Wirtschaft durchgesetzt werden können.

Alle Gliederungen des DGB und der ihm angeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften haben die personellen Voraussetzungen zu schaffen und die finanziellen und technischen Mittel zur Durchsetzung dieser zum Teil jahrzehntealten gewerkschaftlichen Forderungen zur Verfügung zu stellen.

(Der letzte Absatz wurde als Material an die zu berufende Satzungskommission überwiesen, die Vorschläge für eine Organisationsreform erarbeiten soll.)

Ein Gesetz gegen die Arbeiterjugend

**Bundestag zementiert überlebte Berufsausbildungsstruktur
Der Kampf für fortschrittliche Ausbildung geht weiter**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das am 11. und 12. Juni 1969 in zweiter und dritter Lesung vom Bundestag verabschiedete Berufsausbildungsgesetz als unzureichend abgelehnt. Die Abgeordneten haben den Willen der Millionen Jugendlichen ignoriert und ein Gesetz beschlossen, das im wesentlichen die überlebte Ausbildungsstruktur für weitere Jahre zementiert.

Die bisher gültigen Vorschriften der hundertjährigen Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869 wurden nicht durch ein den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechendes Gesetz verdrängt; vielmehr ist die Alleinbestimmung der Unternehmer über Form und Inhalt der Berufsausbildung erneuert und legalisiert worden. Mit diesem Gesetz ist keine Garantie gegeben, daß die vorhandenen, geradezu katastrophalen Zustände in der Berufsausbildung überwunden werden.

Die im spätkapitalistischen System der Bundesrepublik ausgeprägte besondere Rückständigkeit der Berufsausbildung zeigt sich unter anderem in der Tatsache, daß im Zeitalter der Computer und automatischen Taktstraßen noch immer zwei Drittel der gewerblichen Lehrlinge im Handwerk ausgebildet werden und nur 10 Prozent der 1,4 Millionen Lehrlinge eine — dazu oftmals mangelhafte — Lehrwerkstätten- und Lehrbüroausbildung erhalten. Die völlig unzureichende gesetzlich vorgeschriebene Unterrichtszeit für die Berufsschule von 8 bis 9 Wochenstunden wird aus Lehrermangel und Schulraumnot nicht einmal eingehalten und ist heute effektiv geringer als vor 40 Jahren.

Bei den meisten Lehrlingen steht nicht ihre geringe Ausbildung für das Berufsleben, sondern ihre Ausbeutung als billige Arbeitskraft im Vordergrund. Selbst der von der Bundesregierung und den Länderregierungen berufene Deutsche Bildungsrat kommt in seiner im April 1969 veröffentlichten Empfehlung zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung zu dem Eingeständnis: „Viele Lehrlinge werden im Betrieb unvollständig ausgebildet... werden nur einseitig beschäftigt oder in unverhältnismäßigem Umfang zu unqualifizierten Routine-, Hilfs- und Nebentätigkeiten herangezogen.“ (Berufliche Bildung, Zeitschrift des DGB, Düsseldorf, Heft 5/69.)

Hinzu kommt, daß die übergroße Mehrheit der Lehrlinge für eng spezialisierte, von der technischen Entwicklung längst überholte Berufe fehlausbildet wird und gezwungen ist, nach Lehrabschluß den Beruf zumeist zu minderqualifizierter Tätigkeit zu wechseln.

Das von den Gewerkschaften und den Arbeiterjugendorganisationen zu Recht kritisierte Berufsausbildungsgesetz, mit dem die Bundestagsparteien den Mit-

telstand für die Bundestagswahlen zu ködern hoffen, enthält nur wenige Verbesserungen. So soll das vorgesehene „Institut für Berufsbildungsforschung“ — als öffentlich-rechtliche Körperschaft — Vorarbeiten für eine Umgestaltung der Ausbildungsordnung und für neue Ausbildungsstrukturen leisten. Die minimalen Verbesserungen heben aber den reaktionären Inhalt des Gesetzes nicht auf.

Es ist nicht zu verstehen, heißt es in einer Stellungnahme des DGB, den Unternehmerkammern „die Personal- und Finanzhoheit auch im Bereich der beruflichen Bildung durch Gesetz zu bestätigen“. (Berufliche Bildung, DGB-Zeitschrift, Nr. 6/69). Den im Gesetz bei den Kammern vorgesehenen paritätischen Berufsausbildungsausschüssen bleiben die entsprechenden Einwirkungsmöglichkeiten versagt, so lange nicht die volle Mitbestimmung in den Kammern erreicht ist. **Der Forderung der Gewerkschaften, die Berufsausbildung nicht als eine Angelegenheit der privaten Unternehmerverbände und ihrer Kammern, sondern als öffentliche Aufgabe zu betrachten, wurde ebenfalls nicht entsprochen.**

Das Handwerk — der Bereich, wo die Mehrheit der Lehrlinge ausgebildet wird — ist ebenso wie der öffentliche Dienst und die Seeschifffahrt weitgehend aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeklammert worden. Die Ausbildung im Handwerk wird auch künftig durch die Handwerksordnung geregelt. Die berufliche Qualifizierung für die dort enthaltenen selbständigen Handwerke verstößt von vornherein gegen den Grundsatz einer möglichst hohen Mobilität der Ausbildung, weil damit eine Grundausbildung für mehrere Berufe kaum möglich ist.

Ein weiterer schwerwiegender Mangel besteht darin, daß das Gesetz die schulische Berufsausbildung ausnimmt. Somit bleibt die Diskrepanz zwischen betrieblicher und schulischer Berufsausbildung weiter bestehen, und es ist nicht damit zu rechnen, daß entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften und anderer Institutionen die Unterrichtszeit in der Berufsschule auf 12 Stunden erhöht wird. Der Lehrerschaft der Berufsschulen wird in den zu schaffenden Ausschüssen nur eine beratende Stimme zugebilligt.

Ebenfalls nicht entsprochen wurde der gewerkschaftlichen Forderung, daß die arbeits- und berufspädagogische Befähigung der Ausbilder bzw. Lehrherren

nachgewiesen werden muß und die Kosten der Berufsausbildung durch eine Ausbildungsumlage der Unternehmer aufzubringen ist. Diese skizzierten Mängel beweisen, daß in Bonn ein Gesetz gegen die Interessen der Jugend und der ganzen Arbeiterschaft zugunsten der engstirnigen Provitinteressen des Kapitals angenommen wurde. Der vom Bundestagsausschuß für Arbeit im geheimen erarbeitete Entwurf wurde nicht vor seiner Annahme mit den Gewerkschaften und den Organisationen der Arbeiterjugend diskutiert, wohl aber besteht der Verdacht, daß die Unternehmer und ihre Lobbies genügend Möglichkeiten hatten, ihre verstaubten Vorstellungen in dem Gesetz zum Tragen zu bringen.

Dieses Gesetz, das Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall, bei der großen Protestdemonstration der 10 000 Lehrlinge am 7. Juni 1969 in Köln mit den Worten charakterisierte, überhaupt kein Berufsausbildungsgesetz sei besser als dieses, steht selbst im Widerspruch zum Aktionsprogramm der CDU, dem Modell für ein Bildungsprogramm der SPD und dem Vorschlag des Deutschen Bildungsrates zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung. Obwohl alle diese Vorschläge sich durchaus im Rahmen der spätkapitalistischen Ordnung bewegen und das Ziel verfolgen, die berufliche Ausbildung den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution dem Systeminteresse anzupassen, wurden sie nicht oder nur im geringfügigen Umfange in das Gesetz hineingenommen.

Dieser Vorgang ist Ausdruck des Konflikts zwischen den Gesamtinteressen des spätkapitalistischen Systems und denen der einzelnen privaten Unternehmer. Er macht deutlich, wie sich das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Nachteil für die Arbeiterjugend und den sozialen Fortschritt auswirkt. Um die Mißstände in der Berufsausbildung zu überwinden, ist es notwendig, die Besitz- und Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft zu ändern.

Für die Gewerkschaften und die Arbeiterjugendorganisationen steht heute vorrangig die Aufgabe, den Kampf um ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz als Teil des Kampfes zur Eindämmung der Macht des Großkapitals zu führen. Damit der im September neu zu wählende Bundestag ein Gesetz im Interesse der Arbeiterjugend beschließt, sollte der begonnene Kampf der Lehrlinge und jungen Arbeiter in Form von Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen verstärkt fortgesetzt werden. Nur wenn Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen, wie bei der Protestdemonstration im Juni in Köln, einheitlich und entschlossen handeln, wird es möglich sein, dieses unternehmerfreundliche Gesetz zu verändern und den Bundestag zu veranlassen, ein Gesetz zu beschließen, das den Forderungen der Gewerkschaften entspricht.

Dr. Werner Petschick

Fortschritt mit Rückschritt gekoppelt

**Die Lohnfortzahlung wurde endlich Wirklichkeit
Erfolg der Gewerkschaften, aber auch Theodor Blanks**

Der Bundestag hat mit Mehrheit das Gesetz über die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall verabschiedet. Es tritt jedoch erst ab 1. Januar 1970 in Kraft. Die Vertreter der Großen Koalition, insbesondere Minister und Abgeordnete der SPD, versuchen mit dieser Entscheidung vor den Bundestagswahlen ihr arg lädiertes Ansehen bei den Arbeitern und Angestellten in der Bundesrepublik aufzupolieren.

Dazu ist jedoch nüchtern und wahrheitsgemäß folgendes festzustellen: Mit der Lohnfortzahlung werden die umfangreichen Kürzungen und Einschränkungen, die die Bundesregierung im Sozialetat und sozialen Leistungsrecht vorgenommen hat, nicht ausgeglichen oder gar aufgehoben. So u. a. die Kürzung der Bundeszuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung und die Beitragserhöhung für die Arbeitnehmer, die Kürzung der Kilometer-Pauschale, die Verteuerung der Sozialwohnungen, die Verschiebung der fälligen Verbesserungen des Kindergeldes und der Kriegsopferversorgung.

Im übrigen kostet die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung den Staat, mit Ausnahme des zeitlich befristeten Bundeszuschusses zu den Ausgleichskassen für die Kleinbetriebe, keinen Pfennig. Vielmehr bekommt er jetzt Lohnsteuer von dem Lohn, den die Arbeiter in den ersten sechs Wochen bei Arbeitsunfähigkeit weiter beziehen.

Mit dieser Feststellung soll natürlich nicht der Erfolg abgewertet werden, den die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung für die Arbeiter im Krankheitsfall und die dadurch ermöglichte Senkung ihres Beitragssatzes zur Krankenversicherung ab 1. Januar 1970 bedeuten. Doch diesen Erfolg verdanken sie keinesfalls der CDU/CSU-SPD-Regierung, sondern allein sich selbst und den Gewerkschaften, die immer wieder auf die Verwirklichung der rechtlichen und materiellen Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfall drängten.

Schon im Jahre 1913 wurde die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall erstmals von deutschen Gewerkschaftsvertretern erhoben. Nach dem zweiten Weltkrieg nahm sie der DGB in sein erstes, am 1. Mai 1955 verkündetes Aktionsprogramm auf. 1956 streikten für die gleiche Forderung die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins sechs Wochen lang, unterstützt von den Gewerkschaften der Bundesrepublik. Kräftige Impulse bekam die Streikbewegung nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Tatsache, daß in der DDR zu dieser Zeit die Arbeiter bereits mit Krankengeld und Betriebszuschuß 90 Prozent des Nettolohnes in den ersten sechs Krankheitswochen erhielten.

Andererseits besteht aber keine Ursache, mit der Verabschiedung des

Lohnfortzahlungsgesetzes in Begeisterung auszubrechen. Entgegen den gewerkschaftlichen Forderungen sind mit diesem Gesetz gleichzeitig vom Bundestag Entscheidungen getroffen worden, die man als absolut sozialreaktionär bezeichnen muß. Zunächst einmal wurde die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung nicht aufgehoben, sondern lediglich auf 990 DM heraufgesetzt, um dann mit einer Zwischenstufe ab 1. August auf 1200 DM und ab Januar 1970 endgültig festgelegt zu werden. Damit werden mehr als eine Million Angestellte mit einem Bruttomonatseinkommen über 1200 DM auch weiterhin von der Versicherungspflicht ausgeschlossen und ohne Anspruch auf den Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag bleiben.

Die den Interessen des Großkapitals verpflichteten Kräfte in Bonn haben weiter mit der Lohnfortzahlung für Arbeiter die sozialreaktionären Vorstellungen verwirklicht, die von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände schon im April 1956 in ihrer Denkschrift „Probleme der Sozialreform“ entwickelt wurden. Diese Denkschrift fordert unter anderem „die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten der Versicherungsleistungen . . .“, ferner „die Erhebung einer ins Gewicht fallenden Krankenscheingeühr und eine Beteiligung an den Arznei- und Arzneimittelnkosten“.

Bekanntlich wollte der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Theodor Blank, mit seinem „Sozialpaket“ diese Forderung gesetzlich verankern. Blank zog sich den Protest der Gewerkschaften sowie der Ärzte in der Bundesrepublik zu. Es blieb der Regierung der Großen Koalition vorbehalten, ihre Sozialpolitik nach den Unternehmensvorstellungen auszurichten. Zuerst beschloß die CDU/CSU-SPD-Regierung den Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, dann die Erhöhung der Rezept- und Krankenscheingeühren von 0,50 auf 1,— DM. Jetzt, ab 1. Januar 1970, steigen die Arznei- und Heilmittelkosten für den Versicherten auf einen Anteil von 20 Prozent bei einem Höchstbetrag von 2,50 DM pro Rezept.

Schon Theodor Blank hatte als Arbeits- und Sozialminister unter Adenauer und Erhard die Idee von der „Beitragsrückerstattung“ für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine. Auch

hiergegen liefen damals die Ärzteschaft und die Gewerkschaften Sturm, mit dem Erfolg, daß die Blanksche Idee nicht zum Zuge kam. Doch die CDU/CSU, unterstützt von der FDP, setzte sich über alle Bedenken hinweg, und mit ihrer Stimmenmehrheit im Bundestag wurde nun beschlossen, daß ab 1. Januar nächsten Jahres die Krankenkassen jedem Versicherten und seiner Ehefrau für bis zu drei nicht in Anspruch genommene Krankenscheine im Jahr eine Prämie von zehn DM pro Krankenschein zu zahlen haben. Das wird die Kassen 720 Millionen DM pro Jahr kosten, wie der Bundesverband der Ortskrankenkassen festgestellt hat.

Schon 1964 stellte der Hartmann-Bund fest, daß die Ärzteschaft die größten Bedenken gegen ein solches System unter dem Blickwinkel der Gesundheitsfürsorge haben müsse. Es steht, so formulierten die Ärzte, „außerhalb jeden Zweifels, daß die Aussicht auf Beitragsvergütung manchen Versicherten davon abhalten würde, rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen“. Und der Bundesverband der Ortskrankenkassen wandte sich noch in diesem Jahr in einer an den Bundestag gerichteten Stellungnahme gegen eine derartige Praxis mit der Feststellung, daß es völlig widersinnig sei, Leistungen nicht kranken, sondern gesunden Versicherten zu gewähren. Solche Maßnahmen richteten sich gegen die Solidarität, den Grundsatz der Sozialversicherung.

Die SPD-Abgeordneten haben im Bundestag zwar gegen die Beitragsrückerstattung gestimmt, aber die CDU/CSU ist immer noch ihr Koalitionspartner und regiert nur dank der Unterstützung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Wie die Notstandsgesetze, wurde auch die zusätzliche direkte Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung vom Bundestag gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung beschlossen. Schon 1961 hatte der DGB durch eine Repräsentativbefragung den Nachweis erbracht, daß 94 Prozent der Arbeitnehmer zusätzliche Belastungen der Kranken ablehnen und 92 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten sowie 80 Prozent der nichtorganisierten Arbeiter und Angestellten gewerkschaftliche Aktionen zur Verhinderung einer reaktionären Sozialpolitik befürworten. Leider haben die Gewerkschaften von diesem klaren Votum nur unzulänglichen Gebrauch gemacht.

Es besteht aber kein Zweifel, daß sich die sozialreaktionären Kräfte in der Bundesrepublik weiter für den sozialen Abbau stark machen werden. Was der Bundestag im Zuge des Lohnfortzahlungsgesetzes beschlossen hat, war nur ein „Einstieg“ in die Krankenversicherungsreform, wie die Unternehmer und die ihr verpflichteten Parteien, CDU/CSU und FDP, sie verstehen. Notwendig ist es darum, daß die Gewerkschaften eine breite Aktivität entfalten um zu verhindern, daß dieser sozialreaktionäre Kurs weitergeführt wird.

A. Bö.

Vom Profit auf den Menschen orientieren

Aktive Lohnpolitik und umfassende Mitbestimmung Gedanken zu einer konstruktiven Gewerkschaftspolitik

Eine Diskussion über Arbeiterinteressen und Arbeiterverantwortung kann nur von den bestehenden Herrschaftsstrukturen in der Bundesrepublik ausgehen. Die nach 1945 wiedererstandenen alten Besitz- und Machtverhältnisse sowie die fortschreitende Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen des Großkapitals beeinflussen maßgeblich die gesamte Politik in der Bundesrepublik. Dieser Prozeß der Machtkonzentration ist jedoch nicht von selbst gekommen.

Seit 20 Jahren, seit der Herrschaft der CDU/CSU, war die Politik darauf gerichtet, Macht und Besitz der wirtschaftlich herrschenden Kreise zu stärken. Ein Großteil der Gesetze, die in Bonn beschlossen wurden, ist darauf gerichtet, den Einfluß des Großkapitals zu vergrößern, und das geschah immer auf Kosten der politischen Rechte und des politischen Einflusses der arbeitenden Menschen.

Die Arbeiterinteressen in unserer Zeit erfordern die energische Zurückdrängung des Einflusses der Konzerne und Monopole in Staat und Gesellschaft und die Stärkung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften. In diesem Kampf um die Eindämmung der Konzernmacht kommt der Auseinandersetzung um eine wirkliche Mitbestimmung zentrale Bedeutung zu. Nur über die Demokratisierung der Wirtschaft wird es möglich sein, Arbeitsplätze zu sichern, Lohn- und Sozialabbau zu verhindern und über eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verbessern. Nur so ist es möglich, den Arbeiter aus der Situation zu befreien, Objekt der Unternehmensentscheidungen zu sein.

Das 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften der Arbeiterschaft aufgezwungene Betriebsverfassungsgesetz wird der Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft und der Betriebe keineswegs gerecht. Was an positiven Ansätzen vorhanden ist, wird dazu noch durch reaktionäre Arbeitsgerichtsurteile ins Gegenteil verkehrt. Die Gewerkschaften besitzen kaum gesetzlich fixierte Rechte im Betrieb und die Betriebsräte als gewählte Organe der Belegschaften werden durch die sogenannte Friedenspflicht bei der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten behindert. So ist das BVG nur noch ein Gesetz, das die Alleinherrschaft der Kapitalbesitzer verschleiern.

Die Arbeitnehmerinteressen aber erfordern eine wirksame Mitbestimmung der Betriebsräte in allen Fragen ihres Wirkungsbereiches. Das heißt: Mitbestimmung über die Verwendung der Profite, die Festlegung der Investitionen, Mitbestimmung im Bereich der Arbeitsorganisation und bei allen Personalangelegenheiten. Demokratie er-

fordert Orientierung der Wirtschaft auf den Menschen und nicht auf den Profit. Die Jagd der Unternehmer nach immer höheren Gewinnen birgt ständig die Gefahr neuer Krisen in sich. Mitbestimmung heißt nicht zuletzt, den Menschen wieder in den Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Geschehens zu stellen. Im Zuge der technischen Umwälzung werden in steigendem Maße die Kosten und auch die Verluste der Konzerne über den Staatshaushalt mitfinanziert.

Die Großunternehmer betrachten so das Steueraufkommen von Millionen Staatsbürgern als Geldquelle für ihre persönliche Bereicherung und Machtausweitung. Die Arbeiterinteressen erfordern deshalb gesamtwirtschaftliche demokratische Rahmenplanung, um zu verhindern, daß sich die wissenschaftlich-technische Revolution zu einem Fluch für die arbeitenden Menschen auswirkt. Ziel der modernen Wirtschaft muß es vielmehr sein, den Lebensstandard der Menschen optimal zu steigern, den Arbeitern und Angestellten ihren Arbeitsplatz zu sichern, die Arbeit zu erleichtern und das Bildungsniveau entsprechend den Anforderungen der modernen Technik zu entwickeln.

Die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten muß ihre Ergänzung finden, indem entsprechend der Forderungen des gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms die Konzerne und Großbanken sowie alle Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmungen in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Hier liegt eine demokratische Grundforderung, deren Verwirklichung Voraussetzung ist, um die Bundesrepublik in einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat umzuwandeln, wie es das Grundgesetz verlangt. Im § 15 des Grundgesetzes ist die Enteignung von wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen ausdrücklich vorgesehen.

Und schließlich entspricht es den Interessen der Arbeitnehmer, die Massenkauftkraft durch eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik zu stärken. Ausreichende Massenkauftkraft hilft, die Gefahren neuer Wirtschaftskrisen einzuschränken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die vorhandenen zu sichern. Die Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion des Wirtschaftsministers Schiller entspricht nicht —

das haben die Erfahrungen gezeigt — den Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Viele sozialdemokratische Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, die mit der Politik der Großen Koalition ebenso wenig einverstanden sind wie mit der politischen Haltung des Parteivorstandes, vertreten jedoch die Meinung, Schiller habe das Schlimmste verhütet. Hat aber der Sozialdemokrat Schiller wirklich Wirtschaftspolitik für den Arbeiter gemacht? Oder war es nicht so, daß sich einige Gewerkschaftsfunktionäre der konzertierten Aktion Schillers angepaßt haben. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß einer der übelsten Gewerkschaftsgegner, der stellvertretende Chef der Arbeitgeberverbände und Manager im Flick-Konzern, Hans Martin Schleyer, in einem Spiegel-Interview erklärte: „Konzertierte Aktion ist ein Beispiel dafür, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften in diesem Fall zusammen mit der Regierung bei der Lohnfindung sehr positiv zusammengearbeitet haben. Und ich begrüße jeden Schritt in dieser Richtung. In der Unternehmensspitze hat die gewerkschaftliche Mitbestimmung nichts zu suchen.“

Zweifellos hat die konzertierte Aktion mit Mitbestimmung nichts zu tun und

Besser informiert

durch

NACHRICHTEN

im Grunde hat sie nur den Effekt, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu lähmen und den Maximalprofit der Unternehmer abzusichern.

Die Entscheidung darüber, ob in der Bundesrepublik die Interessen der Arbeiterschaft, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung ausmacht, bestimmend sein sollen oder die Interessen einer dünnen Schicht von Großunternehmern ist eine politische Entscheidung. Neben dem Kampf um die wirtschaftliche Mitbestimmung müssen sich die Arbeiter und Angestellten im Bündnis mit allen demokratischen und sozialistischen Kräften für die kommende Bundestagswahl eine wählbare Alternative schaffen. Was sie brauchen, ist eine konsequente Vertretung ihrer Interessen im Parlament und über das Parlament hinaus im außerparlamentarischen Bereich. In der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) können die Arbeiter und Angestellten diese Alternative finden.

Heinz Lukrawka,
Betriebsratsvorsitzender
und Bundestagskandidat der ADF

DM im Mittelpunkt der Währungskrise

Riesiges Spekulationskapital flutet hin und her

DM als Expansionsmittel — Ursachen der Währungsunruhe

Wer im November 1968 nach der Erschütterung des französischen Franc und dem Druck auf die D-Mark ein baldiges Neuaufkommen der Währungskrise voraussagte, brauchte nicht lange darauf zu warten. Im April hatte sich die internationale Währungssituation derart zugespitzt, daß die Aufwertung der DM erneut auf der Tagesordnung stand. Welches sind die Ursachen für diese Währungsinstabilität und dafür, daß die DM immer wieder in den Strudel der Spekulation gerät?

Noch im März hatte das Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, Emminger, beruhigend versichert: „Das internationale Währungssystem befindet sich gegenwärtig im Zustand der Rekonvaleszenz. Entscheidend ist, daß dem Patienten genügend Zeit und Ruhe gegönnt wird, seine Kräfte neu zu sammeln.“ Die politischen und ökonomischen Widersprüche zwischen den westlichen Großmächten, die auch auf dem Währungsgebiet ihren Niederschlag finden, ließen dem Patienten nur knapp zwei Monate.

Ende April setzte eine internationale Kapital- und Devisenflucht ein, die die Währungsreserven Frankreichs, Großbritanniens und anderer Länder dahinschmelzen und die Tresore der Bundesbank überquellen ließen. Der bereits durch die Überschüsse der Handelsbilanz ständig zunehmende Gold- und Devisenhort der Bundesrepublik erhielt durch eine ungeheure Spekulation neuen Auftrieb. Das bereits durch die Abwertung vom November 1967 geschwächte Pfund Sterling und der noch immer äußerst labile Franc gerieten erneut in Gefahr. Die Frage, warum seit einiger Zeit die akuten Währungskrisen so rasch aufeinander folgen, läßt sich nur beantworten, wenn wir einige Mißverhältnisse dieses Währungssystems ins Auge fassen.

Das heutige, gewöhnlich als Gold-Devisen-Standard bezeichnete internationale Währungssystem wurde am Ende des zweiten Weltkrieges geschaffen. Ungeachtet der seitdem eingetretenen vielfältigen Veränderungen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik blieben seine wichtigsten Grundsätze im großen und ganzen unverändert in Kraft. Trotz starker Entwertung des Dollars durch inflationistische Tendenzen, die wesentlich aus der aggressiven Politik des „Weltgendarmen“ USA resultieren, wurde dessen Goldgehalt nicht geändert. Bei verstärkter, ungleichmäßiger Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich der Produktivität, der Preise und Inflationsraten usw. sowie der dadurch bewirkten Verschiebungen in den Konkurrenzpositionen gab es nur geringe Änderungen in den Austauschrelationen zwischen den Währungen der wichtigsten Länder, so daß sie schon geraume Zeit nicht mehr mit den ökonomischen Realitäten übereinstimmen.

Als Folge der entstandenen Mißverhältnisse ist eingewaltiges Spekula-

tionspotential entstanden, das beständig auf dem Sprung steht, an möglichen Veränderungen der Währungsparitäten zu profitieren. Sehr unterschiedliche Krisensituationen, seien sie nun ökonomischer oder politischer Natur, verursachen von Zeit zu Zeit Anfälle eines Goldrausches, eine Flucht von den schwachen zu den starken Währungen, einen Massenabfluß von Geldkapitalien aus den einen Ländern in die anderen usw.

Es ist nicht von ungefähr, daß sich die Spekulation direkt an den Rücktritt de Gaulles am 27. April anschloß. Wie im November 1968 nutzten führende Politiker wie Strauß die Chance, aus der Unsicherheit in Frankreich politischen Profit zu schlagen. Eine Abwertung des Franc mußte sich positiv auf der bundesrepublikanischen Seite der Kräftebilanz in Westeuropa niederschlagen und der gegen die Integration und das Bündnis mit den USA revoltierenden französischen Politik einen Dämpfer aufsetzen. Darauf zielte ganz offensichtlich Strauß ab, als er mit Bemerkungen über eine mögliche Aufwertung der DM die Spekulation kräftig anheizte.

Wie im November vergangenen Jahres weigerte sich die Bundesregierung wiederum aufzuwerten. Diese Entscheidung des Bundeskabinetts vom 9. Mai 1969, an der Strauß maßgeblichen Anteil hatte, liegt im direkten Interesse der exportorientierten Industriekonzerne und der Hochfinanz. In einem vom Chef der Deutschen Bank, Hermann J. Abs, verfaßten Papier, das der Bundesregierung als Grundlage ihres Entschlusses diente, nicht aufzuwerten, heißt es, die hohen Zahlungsbilanzüberschüsse wären dringend notwendig, „um die Vorstellungen hinsichtlich des Kapitalexports und der Verbesserung der Vermögensbilanz gegenüber dem Ausland zu verwirklichen“ (Industriekurier vom 8. 5. 1969). Den Konzernen dürfe keine Behinderung ihrer Exporte durch eine Aufwertung widerfahren, weil sonst ihre „Ertragslage“, sprich Profite, geschmälert würde.

Die SPD, unterstützt von der Bundesbank und führenden Wirtschaftswissenschaftlern, forderte im Gegensatz zur CDU/CSU eine „gemäßigte Aufwertung“. Ihr Argument: Ein weiterer, durch den Export forciert Aufschwung der Konjunktur würde ernste Gefahren für die Stabilität der Preise mit sich bringen. Darin sieht die SPD-

Führung eine echte Gefahr auch für ihre Aussichten im kommenden Wahlkampf, denn nachdem die wirkliche Entwicklung von Löhnen und Profiten die „Einkommenssymmetrie“ recht einseitig zugunsten der Unternehmerein kommen verzerrt hat, würde ein verstärkter Preisauftrieb das Paradepony des SPD-Wahlkampfes, den „Aufschwung nach Maß“ unter Wahrung der Stabilität, ganz erheblich zum Straucheln bringen.

Auf den ersten Blick erscheint es, als würde eine Aufwertung, wie sie die SPD forderte, für die Arbeitnehmer nur Vorteile bringen; Reisen ins Ausland würden billiger, Importwaren könnten preisgünstiger angeboten werden und dergleichen mehr. Man weiß jedoch aus der Geschichte des Kapitalismus, daß das Kapital keine Geschenke macht. Abgesehen davon, daß in verschiedenen Branchen die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen durch eine Aufwertung entstände, würden die Unternehmer ihre Gewinneinbußen in jedem Fall zu kompensieren versuchen; die Rationalisierung der Produktion würde noch rascher vorangetrieben, als dies ohnehin der Fall ist, gesteigerte Arbeitshetze und erhöhte Unfallgefahren wären damit verbunden.

Vom Standpunkt der Lohnempfänger, das heißt der Mehrheit der Bevölkerung gesehen, stellt sich die Lösung des Problems der riesigen Außenhandelsüberschüsse durchaus auf andere Weise. Es kann gelöst werden durch eine mit dem Produktivitätsfortschritt gleichziehende Entwicklung der Binnenkaufkraft. Der dadurch angeregte breitere Importstrom würde, ohne unsere Exporte zu gefährden, die Überschüsse der Handelsbilanz abschwächen und außerdem dem Preisauftrieb entgegenwirken. Daß sich seit der letzten Rezession 1966/67 die Kaufkraft nur ungenügend entwickelt hat, stellte auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem letzten Gutachten fest.

Ohne eine entschiedene Stärkung der Binnenkaufkraft wird es schwerlich einen vernünftigen Ausweg aus dem Dilemma, in dem wir uns befinden, geben. Die von der Bundesregierung am 13. Mai beschlossenen Maßnahmen, die den Entschluß der Nichtaufwertung der DM „flankieren“ sollen, können — das lehnen die Erfahrungen seit November vergangenen Jahres — wohl einen gewissen Zeitgewinn, aber keine nennenswerte Entschärfung der weiterwirkenden Währungskrise bringen.

Manche der beschlossenen Maßnahmen, die den Preisauftrieb dämpfen sollen, werden möglicherweise sogar importhemmend wirken und die Exportkonjunktur noch weiter anheizen. Dadurch muß die Bundesrepublik in einen zunehmenden währungspolitischen Gegensatz zu ihren wichtigsten Handelspartnern, die gleichzeitig ihre Rivalen auf dem Weltmarkt sind, geraten. Werden doch die wachsenden Schwierigkeiten der Länder mit Zah-

Kapitalexport und ,technologische Lücke'

Interessensfelder des amerikanischen und westdeutschen Kapitals Zur Europastrategie von Washington und Bonn

Man könnte meinen, ein „Gespenst“ gehe um in Westeuropa, nämlich das der amerikanischen wirtschaftlichen Invasion, wolle man namhaften bürgerlichen Wissenschaftlern und Publizisten Glauben und Gehör schenken, die diese Tatsache stark beunruhigt. Ohne Zweifel sind ihre Ängste um den Verlust einflußreicher Positionen im Weltgeschehen begleitet von echten ökonomischen und politischen Fragestellungen.

So beginnt der bekannte französische Wirtschaftspublizist J. J. Servan-Schreiber sein Buch „Die amerikanische Herausforderung“ mit der ernsten und scharf geäußerten Frage, wie der Überfremdung Westeuropas mit amerikanischem Kapital zu begegnen sei. Er befürchtet, „daß in fünfzehn Jahren die dritte industrielle Weltmacht, nach den USA und der UdSSR, nicht Europa, sondern die amerikanische Industrie in Europa ist“.

In der Tat, der wirtschaftliche amerikanische Einfluß in Westeuropa war nie so stark wie heute. So z. B. sind Zweidrittel des Weltkapitalmarktes amerikanisch. Der EWG-Markt wird für integrierte Schaltkreise zu 95 Prozent, die Produktion von Halbleitern zu fast 50 Prozent und die Computereinfabrikation zu 80 Prozent von amerikanischen Firmen beherrscht. Speziell in Frankreich kontrolliert das amerikanische Kapital 40 Prozent der Ölversorgung, 65 Prozent der Produktion von Filmmaterial, 65 Prozent von land-

wirtschaftlichen Geräten und 45 Prozent der Produktion synthetischen Kautschuks.

Ein Vergleich der Profite sagt aus, daß General Motors mit 730 000 Arbeitskräften mehr an Profiten erzielt als die 40 größten europäischen und japanischen Automobilfabriken zusammen, die mehr als 3,5 Millionen Arbeiter beschäftigen! Ebenso interessant ist, daß die Kapitalanlagen (in Form des fixen Kapitals) der USA im EWG-Raum bis zum Jahre 1968 14 Milliarden Dollar betrugen und sie allein dort im Jahre 1965 4 Milliarden Dollar investierten. Im Vergleich zum Jahre 1965 stiegen diese Investitionen 1966 um 40 Prozent an. Vorwiegend wanderten diese Kapitalien in jene Sektoren der Wirtschaft Westeuropas, die technologisch herausragend entwickelt sind bzw. sich als wachstumsintensiv erwiesen haben.

Wo also ist der Hintergrund für das starke ökonomische Engagement der USA zu suchen, und welche Konflikte schwört es zwischen Westeuropa und den USA herauf?

Kapitalexport der amerikanischen Monopole in andere Länder ist keine neue Erscheinung, denn das Streben nach den besten Verwertungsbedingungen für das Kapital ist eine systemimmanente Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Doch der absolute wissenschaftlich-technische Vorsprung der USA gegenüber den Staaten Westeuropas in der Anwendung moderner Technologien — charakterisiert mit dem Begriff „technologische Lücke“ — wird heute zum entscheidenden Stimulator dieses Prozesses.

Im Grunde ist diese „technologische Lücke“ ein Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder unter den heutigen Bedingungen. Ihren dramatischen Akzent erhält sie aber kaum aus der Tatsache der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander, sondern aus der enormen Zuspitzung des Konkurrenzkampfes auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Wer heute über wissenschaftlich-technischen Vorsprung verfügt, moderne Technologien anwendet, Wissenschaft unmittelbar produktiv macht und damit eine hohe Effektivität der Produktion hervorbringt, wird die nächste industrielle Entwicklung unmittelbar mitbestimmen.

Somit geht es den USA bei ihrer wirtschaftlichen Invasion nach Westeuropa nicht nur um die Realisierung von Maximalprofiten, auch nicht unbedingt nur um besseren Warenabsatz, sondern in erster Linie um Einfluß, Bestimmung und Beherrschung des technischen Fortschritts in diesen Ländern und damit die Bindung Westeuropas an das amerikanische Kapital.

Die Bestrebungen der USA-Monopole im westeuropäischen Raum stoßen jedoch auf die ökonomischen und politischen Ziele ihrer westdeutschen Konkurrenten. Aus den politischen Aktionen des bundesdeutschen Finanzkapitals wird deutlich, daß die Bundesrepublik offen nach einem ökonomischen und politischen Imperium strebt. Über die ökonomische und militärische Integration der Länder des kapitalistischen Teils Europas will sie zu einem eigenen internationalen Herrschaftsgebiet kommen. Aus diesem Grunde benutzt die westdeutsche Propaganda die „technologische Lücke“ als Argument zur Begründung der Neuordnung Europas unter der Vorherrschaft Bonns.

Für Franz Josef Strauß ist sie ein gegebener Anlaß, seine globalstrategische Linie — gerichtet einerseits gegen die USA und die anderen kapitalistischen Staaten, andererseits gegen die Länder des Sozialismus — mit stärkerer Intensität zu verkünden. In seinem Buch „Herausforderung und Antwort“ äußert er, daß es an der Zeit sei, Westdeutschland eine angemessene politische Stellung im europäischen Rahmen zu sichern.

Mit dem Hinweis auf die Positionen der USA in Westeuropa, aber auch darauf, daß Großbritannien jährlich fast 7 Milliarden DM Profite aus Auslandsinvestitionen einnimmt, fordert Strauß, stärker als bisher Kapitalverflechtungen im EWG-Raum vorzunehmen, um große europäische Industrieunternehmen zu schaffen. Auch auf dem Währungsgebiet wird die bereits seit Jahren verfolgte politische Linie fortgesetzt.

Das Bestreben der Bundesrepublik ist auf eine unter Bonner Führung stehende Währungsunion gerichtet, die den Charakter einer selbständigen Finanzmacht innerhalb Westeuropas tragen soll. Durch eine gemeinsame Europawährung könnten dann schwach gewordene Leitwährungen wie Pfund und Dollar ersetzt oder ergänzt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Verschärfung der Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa keineswegs einseitig durch die USA bedingt ist, sondern daß Westeuropa z. Z. der Kulminationspunkt aller Widersprüche des imperialistischen Systems ist. Im Grunde genommen treffen sich dort gleichartige Ziele und Interessen aller imperialistischen Mächte, deren Kernpunkt die Unterdrückung und Ausbeutung der Volksmassen aller kapitalistischen Länder ist. Dr. K.

lungsbilanzdefiziten wesentlich durch das enorme außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der Bundesrepublik mit verursacht. Außenhandelsüberschüsse zwischen 16 und 18 Milliarden DM haben eine Größenordnung von etwa 3 Prozent des Bruttosozialproduktes, ein Satz, der das Doppelte von dem beträgt, den die Bundesregierung in der mittelfristigen Zielsetzung als normal angesehen hatte. Heute dagegen erklären die entschiedensten Verfechter der Bonner Expansionspolitik den früher als „außenwirtschaftliches Ungleichgewicht“ bezeichneten Satz als durchaus normal, weil eben diese Überschüsse ihnen die ökonomischen Mittel in die Hand geben, um die aggressiven politischen Konzeptionen voranzutreiben.

Die negativen Wirkungen, die von derartig hohen Überschüssen ausgehen, werden jedoch auch die Bonner Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen. Bei der nächsten akuten Zuspitzung der Währungskrise, die von vielen Beobachtern für den Herbst vorausgesagt wird, wird man sich erneut einem massiven Druck der imperialistischen Rivalen ausgesetzt sehen, die D-Mark aufzuwerten.

R. G.

Konzentration im Ruhr-Verkehrswesen

Keine Mitbestimmung in der Stadtbahngesellschaft Ruhr? Auch SPD-Politiker ignorieren Arbeitnehmerforderung

Die anhaltende, von Konzernen und Bundesregierung forcierte Konzentrationswelle hat nun auch die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe erfaßt. So haben in Nordrhein-Westfalen unter dem Einfluß der Düsseldorfer Landesregierung 20 Städte und Landkreise durch die Unterzeichnung eines Rahmenvertrages der Gründung einer „Stadtbahngesellschaft Ruhr“ zugestimmt. Dieses erste Großunternehmen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs soll seine Tätigkeit bis Ende 1969 aufnehmen, ohne daß wirksame demokratische Kontrollen geplant sind.

An dem Stadtbahn-Projekt beteiligen sich die Städte Bochum, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Lünen, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Wattenscheid sowie die Landkreise Düsseldorf-Mettmann, Ennepe-Ruhr, Iserlohn, Moers, und Recklinghausen. Es erfordert einen Kostenaufwand von zunächst fünf Milliarden DM und soll durch die Errichtung eines 200 Kilometer langen und kreuzungsfreien Bahnnetzes, vornehmlich in Nord-Süd-Richtung, alle Städte des Ruhrreviers und des angrenzenden Gebietes miteinander verbinden.

Selbstverständlich wünscht sich insbesondere die arbeitende Bevölkerung an Rhein und Ruhr bessere, schnellere und nicht zu vergessen preisgünstigere Verkehrsbedingungen, vor allem deshalb, weil immer mehr Arbeitnehmer als Folge des wirtschafts- und strukturpolitischen Versagens von Bundesregierung und Konzernherren zur sogenannten Mobilität gezwungen sind, was mit wachsenden Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz verbunden ist. Darüber hinaus mag es auch zahlreiche gewichtige Gründe dafür geben, im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs an der Ruhr bestimmte Rationalisierungs-, Straffungs- und Koordinierungsmaßnahmen einzuleiten. Man denke hierbei nur an die von Bonn verfügte zusätzliche Besteuerung der Nahverkehrsbetriebe in Höhe von 150 Millionen DM jährlich, wodurch immer mehr Verkehrsgesellschaften in die Defizitzone geraten.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß mit der beschlossenen Stadtbahngesellschaft Ruhr ein öffentlicher Verkehrskonzern geschaffen wird, dessen monopolartiger Charakter eindeutig ist. Und Monopole, auch wenn hinter ihnen „nur“ die öffentliche Hand steht, neigen unter den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik nun einmal dazu, ihre Vormachtstellung zumindest zu wirtschaftlichen Zwecken zu mißbrauchen. Wobei in puncto Stadtbahngesellschaft noch zu bemerken ist, daß zu ihren Gesellschaftern auch die Bundesregierung sowie die NRW-Landesregierung gehören werden, von denen bei Grundsatzentscheidungen kaum soziales Verständnis zu erwarten ist. Bei der unverhohlenen Absicht Bonns, die Kompetenzen der demokratischen Selbstverwaltungsorgane immer mehr zu be-

schneiden, wird es darüber hinaus zu einer weiteren Beeinträchtigung der kommunalen Entscheidungsfreiheit kommen.

Schon heute steht fest: die Stadtbahngesellschaft Ruhr wird sich zu einem bedeutsamen wirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Faktor entwickeln. Sie dürfte bei einer Zusammenlegung der einzelnen Verkehrsgesellschaften einen Jahresumsatz von etwa 1 Milliarde DM erreichen und darüber hinaus Milliarden-Investitionen vergeben, was auch aus der Sicht des Reviers eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Größenordnung darstellt.

Die Stadtbahngesellschaft wird ferner die Lage der Kommunen sowie die Infrastruktur beeinflussen. Enorm wichtig wird auch ihre künftige Fahrpreispolitik sein, besonders wenn man bedenkt, daß Fahrtkosten heute in dem ohnehin schmalen Familienbudget der

Automation ermöglicht Urlaub von 10 Wochen

Vor Gewerkschaftsfunktionären in Hanau erklärte Ende Juni 1969 der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, wenn Automation und technischer Fortschritt für das Wohl des Menschen richtig eingesetzt würden, könnten die Arbeitnehmer 1985 bereits vier Wochen Sommerurlaub, vier Wochen Winterurlaub und zwei Wochen Bildungsurlaub haben. Bei Beibehaltung der 40-Stunden-Woche könnte trotz eines zehnwöchigen bezahlten Jahresurlaubs bei gleichbleibendem technischen Fortschritt das Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung auf der Basis von 1968 um 50 Prozent bis zum Jahre 1985 erhöht werden.

Es versteht sich, daß dafür eine energische Ausrichtung der Wirtschaft von den Bedürfnissen des Profits auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft erforderlich ist. Dazu wäre die konsequente Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen und die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum unerlässlich.

Arbeitnehmerhaushalte eine große Rolle spielen. Schließlich stehen umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen an, die bei den einzelnen Gesellschaften mit Sicherheit vor allem in den Sparten Verwaltung und Werkstattdienst zur Freisetzung von Arbeitskräften führen werden.

All diese Gründe machen es zwingend notwendig, die Stadtbahngesellschaft Ruhr einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Mit anderen Worten: In dem neuen Großunternehmen muß eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer gewährleistet sein. Für diese berechnete Forderung haben sich namentlich der DGB und die Gewerkschaft ÖTV eingesetzt. Doch davon wollen die Initiatoren des neuen Konzerns nichts wissen, wie der vorliegende Gesellschaftsvertrag beweist. Der Recklinghäuser DGB-Kreisvorsitzende Alfred Mohrenstecher äußerte die tiefe Unzufriedenheit der Gewerkschaften über den Vertragsentwurf, „da an diesem Entwurf nicht nur eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung beteiligt ist, sondern auch die beteiligten Städte von Repräsentanten dieser Partei kommunalpolitisch geführt werden“. Mohrenstecher fordert die SPD-Politiker auf Landes- bzw. Kommunalebene auf, innerhalb der Stadtbahngesellschaft Ruhr die qualifizierte Mitbestimmung zu realisieren und erklärte: „Letztlich wird die Öffentlichkeit daran erkennen, wie ernst es der Sozialdemokratischen Partei mit ihren am 18. Dezember vergangenen Jahres im Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfen zur Frage der Mitbestimmung ist.“

Inzwischen haben sich die Chancen für eine Mitbestimmung weiter vermindert. Nach den Plänen der Verantwortlichen für die Konzerngründung sollen im Stadtbahn-Aufsichtsrat den Arbeitnehmern ganze 10 Stimmen (2,5 Proz.) zugestanden werden. Das beweist nur einmal mehr, was die Mitbestimmungsverprechungen der SPD-Führer wert sind. Oberstadtdirektor Legeland (Recklinghausen) begründete die ablehnende Haltung der Kommunalspitzen mit dem fadenscheinigen Argument, die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats sei eine schlechte Plattform für konstruktives Arbeiten. Auch würde der Stadtbahn-Aufsichtsrat durch die Herinnahme von 50 Prozent Arbeitnehmervertretern zu groß werden.

Aus dem eklatanten Beispiel der Stadtbahngesellschaft Ruhr sollten die Gewerkschaften vor allem zwei Lehren ziehen: 1. Zu einer echten Mitbestimmung der Arbeitnehmer wird es nur dann kommen, wenn die Gewerkschaften bereit sind, für die Durchsetzung dieses Zieles zu kämpfen. 2. Mitbestimmungsgegner, egal welcher Partei sie auch angehören mögen, gehören nicht in die Parlamente und dürfen bei Wahlen keinerlei gewerkschaftliche Unterstützung erhalten. Bü.

BASF - ein ‚Juwel‘ für Aktionäre

Arbeitnehmer erwirtschafteten steigenden Gewinn Nachteile durch Bindung an Bonner Einkommenspolitik

Nach zweieinhalb Jahren Regierung der Großen Koalition gibt es nicht mehr den geringsten Zweifel daran, daß die Schillersche konzertierte Aktion von vornherein als ein Instrument des Staates zur Sicherung der Unternehmerrgewinne gedacht war. Kein Gewerkschafter sollte die Augen vor der Tatsache verschließen, daß unter der Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt ein in diesem Ausmaß noch nie dagewesener Anstieg der Unternehmerrgewinne zu verzeichnen ist, während die Arbeitnehmer bisher vergeblich auf die von Bonn versprochene Realisierung der sozialen Symmetrie gewartet haben.

Die staatlich abgesicherte Gewinnexplosion auf Kosten der Arbeitnehmerereinkommen mußte zwangsläufig die bestehende Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung weiter vertiefen. Diese alarmierende Entwicklung findet ihren Ausdruck u. a. darin, daß von dem Vermögenszuwachs von 600 Milliarden DM seit 1950 in der Bundesrepublik 47 Prozent den Unternehmern, 36 Prozent dem Staat, aber nur 17 Prozent den Arbeitnehmern und Rentnern zufließen, die gut 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Wie sich die hemmungslose Bereicherung der Konzerngewaltigen und Aktionäre in der Praxis vollzieht, zeigt das Beispiel der chemischen Industrie, wo die Gewinne in der Regel weitaus stärker steigen als die Umsätze. So konnte die Badische Anilin- und Soda-fabrik AG 1969 ohne den Wintershall-Konzern ihr Geschäftsvolumen um 19 Prozent auf 5,6 Milliarden DM ausweiten, während der Gewinn vor Steuerabzug um sage und schreibe 31 Prozent auf 665 Millionen DM gestiegen ist. Das erlaubte es dem BASF-Konzern, die Dividende von 20 auf 22 Prozent zu erhöhen und den freien Rücklagen weitere 75 Millionen DM zuzuführen, gegenüber 24 Millionen DM im Jahre 1967.

Die BASF ist in der Tat „ein Juwel unter den Chemieunternehmen“ in der Bundesrepublik, wie sich Vorstandsvorsitzender Timm ausdrückte. Bei einer Steigerung des Nettoumsatzes der AG je 50 DM Nennwert-Aktie nahm der Gewinn vor Steuerabzug je Aktie um 6,65 auf 28,15 DM, nach Steuerabzug um 3,10 DM auf 14,12 DM zu. Aus der Berechnung des Gewinns vor Steuerabzug je Aktie kann man entnehmen, daß zum Beispiel die Erlöse aus Rationalisierung und Produktions-erhöhungen auf 16,84 DM gestiegen sind. Das verdeutlicht, auf wessen Kosten die Superdividende erwirtschaftet worden ist. Vorenthaltene Löhne und Gehälter ermöglichten auch die wachsenden Investitionsaufwendungen, die gemäß der forcierten Expansion des Konzerns in diesem Jahr rund 1,4 Milliarden DM erreichen werden, gegenüber 667 Millionen DM im vergangenen Jahr. Mit jährlichen Anlagesummen von etwa 1,2 Milliarden DM soll das verstärkte Investitionstempo für die nächsten 5 Jahre beibehalten werden.

Das Beispiel der BASF ist jedoch kein Einzelfall, sondern typisch für die Situation aller großen Chemiekonzerne.

Angesichts der Superprofite für die Großaktionäre drängt sich die Frage auf, wie es nun um die Einkommenslage der Chemiearbeiter bestellt ist.

Entsprechend den Ergebnissen der Tarifrunde 1969 erhalten die Arbeitnehmer der Chemie eine Tarifloohnerhöhung von 7,5 Prozent, was im Verhältnis zu den sagenhaften Aktionärsgegewinnen bestenfalls Brosamen sind. Dennoch stehen die Chemiearbeiter wesentlich besser da als beispielsweise die Metall-, Stahl- und Bergarbeiter, die sich als Folge der konzertierten Aktion mit weitaus bescheideneren Lohnerhöhungen begnügen mußten. Dessen ungeachtet ist die Einkommenssituation der Chemie-Beschäftigten alles andere als rosig. Einfach aus dem Grund, weil die Preise bereits um 3 Prozent gestiegen sind und durch die fortgesetzte unsoziale Preispolitik von Unternehmern und Bundesregierung die Tarifloohnerhöhungen fast völlig absorbiert zu werden drohen.

Auch diese Entwicklung, durch die die Arbeitnehmer faktisch um die Früchte der maßvollen Tarifvereinbarungen gebracht werden, ist eine der Auswirkungen der konzertierten Aktion. Schon aus diesem Grund ist es unverständlich, wenn es noch immer Gewerkschaftsführer gibt, die — wie der 8. DGB-Bundeskongreß zeigte — auch künftig an der Schillerschen konzertierten Aktion festhalten wollen. Dabei steht doch einwandfrei fest, daß eine solche Politik unvereinbar ist mit der Ankündigung des DGB, die gewerkschaftliche Tarifpolitik stärker zu aktivieren.

Wenn sich auch die Gewerkschaftsvorstände durch ihre vielfachen Bindungen an die SPD in einer gewissen Zwangslage befinden, so müssen sie doch endlich verstehen, daß eine aktive Lohnpolitik zum Zwecke der Einkommensumschichtung die Lösung der Gewerkschaften von den Fesseln der Bonner Wirtschafts- und Einkommenspolitik verlangt. Erst wenn sie die volle Tarifautonomie zurückgewonnen haben, werden sie in der Lage sein, den Arbeitnehmern den ihnen zustehenden Anteil am Jahresprodukt zu erkämpfen.

Bü-

Wohnungsbauminister beklagt seine eigene Politik

Vor dem Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD in München erklärte Bundeswohnungsbauminister Lauritzen, Mieten von 3,50 DM pro Quadratmeter im öffentlich geförderten Wohnungsbau könnten nicht mehr als sozial bezeichnet werden. Dem sozialen Wohnungsbau müßten daher mehr Mittel zugestanden werden, um die Förderungsbeträge erhöhen und die Mieten senken zu können.

Das ist eine richtige Erkenntnis. Nur muß sich Minister Lauritzen dazu sagen lassen, daß er selbst seit zweieinhalb Jahren für die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt der Bundesrepublik verantwortlich zeichnet. In dieser Zeit hat es die bisher größten und umfangreichsten Mietsteigerungen gegeben, die z. B. im vergangenen Jahr durchschnittlich 10 Prozent betrugen und nach den Vorausschätzungen in diesem Jahr den gleichen Durchschnittssatz erreichen sollen.

Durch ein 1968 von der Großen Koalition geschaffenes Gesetz wurden für die Hälfte aller Sozialwohnungen die Mieten mit einem Schlage beträchtlich verteuert. Gegen die Bodenspekulation, gegen den Wucher auf dem Boden-, Bau- und Wohnungsmarkt ist aber auch in der Zeit, die Lauritzen der Bundesregierung angehört, so gut wie nichts geschehen.

Arbeitsproduktivität um rund 9 Prozent gestiegen

Die nunmehr bis einschließlich März 1969 vorliegenden Daten der industriellen Arbeitsproduktivität zeigen, daß diese ebenso wie in dem Aufschwungsjahr 1968 in einem schnellen Tempo zunimmt. Die gemeldete Erhöhung des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde um 8,9 Prozent vom März 1968 zum März 1969 in der gesamten Industrie (ohne Bau- und Energiebereich) ist ein weiteres Argument für kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, zumal auch die Preise um 2 Prozent gestiegen sind und im laufenden Jahr um 4 Prozent anziehen werden.

Unternehmerrgewinne stiegen zweieinhalb mal schneller

Die durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommen erhöhten sich seit 1966 um 15 Prozent, die durchschnittlichen Nettogewinne dagegen um 36 Prozent. Das stellte Ende Juli der DGB-Bundeschvorstand in einer Erklärung fest. Im Zeitraum von 1950 bis 1969, so heißt es in der Erklärung weiter, seien die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten um 270 Prozent gestiegen, das verfügbare Nettoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen habe sich hingegen im gleichen Zeitraum um 590 Prozent erhöht.

TERMIN KALENDER

■ 31. Juli

Tarifverträge in der Kautschuk-industrie laufen ab

■ 31. August

Tarifverträge in der papiererzeugenden Industrie laufen ab

■ 31. August — 6. September

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Wiesbaden

■ 11.—13. September

Angestelltenkonferenz der IG Metall in Bremen

■ 22.—25. September

Weltkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes für die Beschäftigten der Stahl- und Aluminiumindustrie in Lüttich

■ 30. September

Tarifverträge in der Metallindustrie laufen ab

■ 22.—25. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zur Regelung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens in Koblenz

■ 31. Oktober

Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie laufen ab

■ 2.—8. November

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Dortmund

■ 25.—27. November

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Braunschweig

■ 4.—6. Dezember

Europäische Automobilarbeiterkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes in Frankreich

■ 31. Dezember

Tarifverträge im Steinkohlenbergbau laufen ab

Zu guter Letzt:

„Die SPD wird nicht als sanfter Heinrich durch die Lande ziehen.“ So Willy Brandt zum Bundestagswahlkampf. — Aber als sanfter Willy, Herbert und Helmut?

IBFG sucht Weg aus der Krise

Anfang Juli 1969 tagte in Brüssel der 9. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). In den Beratungen, die bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch andauerten, ging es u. a. um das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften gegen die wachsende internationale Macht der großen Monopole, um die Verringerung des sozialen Abstandes zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, um gewerkschaftliche Ostkontakte, das Verhältnis zu kommunistischen Gewerkschaften Westeuropas und um den Kampf für Frieden und Demokratie.

Der IBFG-Kongreß, an dem auch eine Delegation des DGB unter Leitung des ehemaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg, Bernhard Tackes und Otto

Brenners teilnahm, war überschattet von dem kürzlichen Austritt des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, der bisher mitgliederstärksten und finanzkräftigsten Organisation des IBFG. Der AFL/CIO hatte in der Vergangenheit wegen des militant anti-kommunistischen Kurses seines Präsidenten George Meany die Politik des IBFG schwer belastet und in der Beweglichkeit gelähmt. Der Generalsekretär Harm G. Buiter sagte in Brüssel in einem Rückblick auf die bisherige Arbeit, sie sei zwar „keine Reihenfolge von Pleiten“, aber auch keine Serie von Erfolgen. Der IBFG werde seinen Weg allmählich finden.

(Wir werden im August-Heft ausführlicher über den Weltkongreß des IBFG berichten.)

Millionen Menschen könnten vor Krebs Tod bewahrt werden

Von 100 Patienten, bei denen ein Magenkrebs diagnostiziert wird, ist in der Bundesrepublik nur noch die Hälfte operationsfähig. Die Ursache dafür: Es fehlt in den Kliniken an einem Spezialgerät zur Früherkennung von Magenkrebs, dem Endoskop, mit dessen Hilfe sich das Mageninnere überblicken, fotografieren und zugleich eine Gewebeprobe entnehmen läßt. Wird aber die Diagnostik nicht rasch und radikal verbessert, so werden von den jetzt lebenden Einwohnern der Bundesrepublik rund zwei Millionen an einem Magenkrebs und eine Million an einem Dickdarmkrebs sterben.

Etwa 4000 Schädel-Hirn-Verletzte könnten jährlich in der Bundesrepublik am Leben erhalten und auch wiedereingegliedert werden, wenn es möglich wäre, sie innerhalb einer Stunde nach dem Unfall in einer neuro-chirurgischen Abteilung der erforderlichen Spezialbehandlung zu unterziehen. Doch von den 165 neuro-chirurgischen Abteilungen, die dafür vorhanden sein müßten, fehlen 122. Für ihre Einrichtung wären 350 Millionen DM notwendig.

In Bonn wurden zwar im Juni 1969 an einem einzigen Tage 2,8 Milliarden DM für die Neuanschaffung von Kriegsgerät bewilligt und der CDU-Rüstungsminister Schröder sicherte der NATO zu, daß Bonn in den kommenden Jahren seine Rüstungsausgaben noch erhöhen werde; Mittel für neuro-chirurgische Abteilungen wurden jedoch nicht bereitgestellt.

— pp —

NGG beschließt Wiederaufnahme von Ostkontakten

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hat, entsprechend dem Beschluß des DGB-Kongresses in München, Mitte Juni die Wiederaufnahme von Ostkontakten beschlossen. Noch im Juni empfing sie eine Gewerkschaftsdelegation aus der CSSR. Im laufenden Jahr wird eine NGG-Delegation einer Einladung nach Ungarn folgen. Die Zusammenarbeit soll auch auf die kommunistischen Gewerkschaften CGT und CGIL in Frankreich und Italien ausgedehnt werden.

Im Juni besuchte eine Delegation der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft unter Leitung des DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt Rumänien. Die DAG folgte einer Einladung des Rumänischen Gewerkschaftsbundes.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Fr'hafen. Redaktionskollegium:

Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96;

Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto (bis auf weiteres):

Heinz Seeger, Stuttgart 960 19.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM;

jährlich 9,00 DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50.